

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 6/7 Juli/August 2000 35. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 17–19

24. September: Ja zur Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung»

Einwanderungs- begrenzung ein Menschenrecht!



von
a. Nationalrat
Rudolf Keller,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Deutschlands SPD-Justizminister Otto Schily hat neulich von der Notwendigkeit einer Begrenzung der Einwanderung in Deutschland gesprochen. Und sein Kanzler Gerhard Schröder doppelte nach, dass er dafür sei, die Einwanderung zu stoppen. Deutschland hat einen Ausländeranteil von 9,1%. Auch die andern EU-Länder – mit noch tieferen Ausländeranteilen als Deutschland – haben in den letzten Jahren vorsichtig begonnen, ihre Ausländerpolitik zu «steuern» – und zwar in Richtung Eindämmung der Einwanderung. Wie sieht es demgegenüber bei uns in der Schweiz aus? Ein neuer Rekord zeichnet sich ab: Der Ausländeranteil hat abermals zugenommen, er liegt jetzt bei 19,3%: 1'376'527 Ausländer leben in unserem Lande. Sie stammen aus allen Teilen unserer Welt. Viele davon sind nicht integrierbar und ihre Zahl steigt und steigt. Dazu kommen noch abertausende von Saisoniers, Asylbewerbern, internationale Funktionäre und viele viele Schwarzarbeiter. Die Zahl der Grenzgänger dürfte wegen den Bilateralen Verträgen mit der EU ebenfalls zunehmen. Und der Familiennachzug wird vom Bundesrat ständig mehr gefördert. So strömen auch immer mehr junge Leute ins Land, welche an manchen Schulen bereits in der Überzahl sind. Und was ist mit unseren Kindern in zwanzig Jahren? – Dann werden die nämlich in der Minderzahl sein – Fremde im eigenen Land!

Übrigens: Italien hat nur einen Ausländeranteil von 2,2%, schweizerische Verhältnisse mit 19,3% würden die nie dulden!

Konzeptlose Ausländerpolitik des Bundesrates

Und was tut der Bundesrat in dieser Situation? – Schlicht nichts! Obwohl das Parlament Vorstösse für eine ganzheitliche Ausländerpolitik überwiesen hat, obwohl er zum Beispiel auch meinen Vorstoss «für eine schweizerische Bevölkerungspolitik unter Berücksichtigung der weltweiten Völkerwanderung und der Grenzen unseres Lebensraumes» angenommen hat, treibt die Ausländerpolitik schön gemächlich vor sich hin. Weshalb hat der Bundesrat seine Ausländerabbauversprechen nicht eingehalten? Wo bleibt das längst versprochene neue Ausländer- und Migrationsgesetz des Bundesrates? Wie gedenkt der Bundesrat der hohen Ausländerkriminalitätsrate entgegenzutreten?

Waren es früher vor allem Leute aus der EU, die in unser Land einwanderten, hat sich die demographische Zusammensetzung unterdessen stark verändert. Die Italiener sind mit 23,7% Anteil am Ausländerbestand nicht mehr die grösste Gruppe in unserem Lande. Mit 24,2% sind das die aus dem früheren Jugoslawien stammenden Einwanderer (Tendenz weiter steigend), und diese bringen eine ganz andere Kultur und Lebenshaltung mit als die früheren Einwanderergruppen. Darauf müsste eine gescheite Regierung doch reagieren. Sie müsste die Probleme heute erkennen und für morgen entschärfen. Aber nichts geschieht! Man lässt immer mehr Einwanderung zu, bis es wohl eines Tages zu Konflikten kommt. Soll das so weitergehen?

Übrigens: Spanien hat nur einen Ausländeranteil von 2,0%, schweizerische Verhältnisse mit 19,3% würden die nie dulden!

Mehr Verständnis für die Einheimischen nötig!

Aus der bundesrätlichen Botschaft ans Parlament geht keinerlei Ver-

Tiere sind keine Sachen



Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat einstimmig beschlossen, sowohl die Volksbegehren «Tiere sind keine Sachen» (Initiative Helvetia Nostra, Franz Weber) wie auch die Tierinitiative «für eine bessere Rechtsstellung der Tiere» tatkräftig zu unterstützen. In diesem Zusammenhang legen wir den Unterschriftenbogen von Franz Weber bei. (Das andere Tier-Volksbegehren ist bereits zustande gekommen.)

SD 1.-August-Feier

Die SD feiern den diesjährigen Nationalfeiertag im Hotel Winkelried in Wettingen/AG (vgl. Programm auf Seite 6).

Sonderspende «18%-Initiative»

Leider müssen wir schon wieder auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Mit Ihrer finanziellen Unterstützung tragen Sie ganz persönlich dazu bei, wie viele Sonderzeitungen, Flugblätter und Inse-
rate wir zur Unterstützung der dringend notwendigen Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» einsetzen können. Selbstverständlich können Sie bereits jetzt die vorgesehene SD-Sonderzeitung auf dem SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern, auch in grosser Anzahl beziehen. Für Ihre tatkräftige Unterstützung danken wir ganz herzlich.
Der SD-Zentralvorstand

ständnis für die Sorgen und Nöte der einheimischen Bevölkerung hervor. Viele fühlen sich nämlich immer mehr an die Wand gedrückt, manche fühlen sich auch als zweitrangig gewordene Mitglieder unserer Gesellschaft! Was einige Politikerinnen und Politiker als «kulturelle Bereicherung» ansehen, erleben immer mehr Leute in unserem Lande als Zerstörung unserer Identität. Dabei wollen wir ja alle offen sein. Wenn aber an manchen Orten Ausländer die Oberhand gewinnen, wird man all diese Leute nicht mehr integrieren können. Wie soll das beispielsweise weitergehen an unseren Schulen? In manchen Schulklassen sind die Einwanderer in der Mehrzahl. Darunter leiden unsere einheimischen Jugendlichen, aber ebenso die schon lange ansässigen jugendlichen Ausländer. Terror an den Schulen gehört heute zum Alltag. Ist das eine schweizerische «Erfindung»? Immer weniger Lehrerin-

nen und Lehrer sehen sich in der Lage, noch einen geordneten Schulunterricht zu erteilen. Des-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 5 Die EU und der «Frieden»
- 6 Einladung 1.-August-Feier
- 7 Wider die Anglizismenflut
- 8 Veranstaltungskalender Aus den Kantonen
- 10 Peter Brunner, höchster Baselbieter
- 12 Die Sozial-Patrioten
- 16 Der Leser hat das Wort

Einwanderungsbegrenzung ist ein Menschenrecht!

Fortsetzung von Seite 1

halb verlassen zunehmend mehr Lehrkräfte ihren Beruf und gehen in die Privatwirtschaft, suchen sich schlicht einen andern Job.

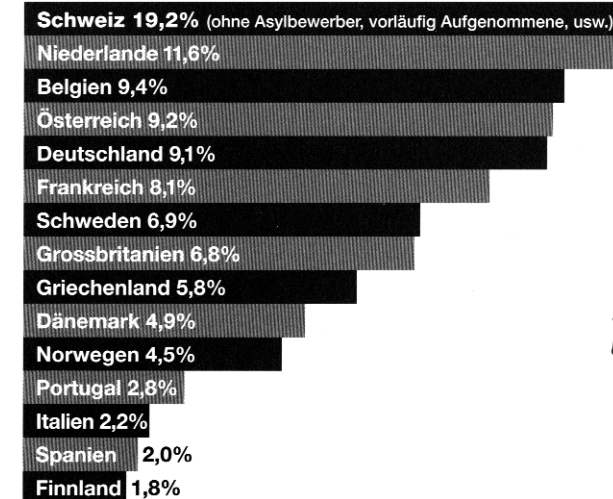
Der Drogenhandel ist auch fest in Einwandererhand. Und ich staune ab den vielen Feministinnen, welche das aggressiv-männlich-dominante Frauen- und Gesellschaftsbild mancher Einwanderergruppen nicht zu stören scheint. Man sollte alle diese Alarmglocken doch bemerken und den Mut haben, Konsequenzen zu ziehen!

Übrigens: Grossbritannien hat nur einen Ausländeranteil von 6,8%, schweizerische Verhältnisse mit 19,3% würden die nie dulden!

Von Subkulturen und Ausländerghettos

Es gibt immer mehr Gemeinden und Städte, die über 25% Ausländeranteil haben. Genf, Pratteln, Emmenbrücke, Basel und Zürich zählen unter anderen dazu. **Wen wundert's**, dass in einer Genfer Gemeinde die Unterstützung für einen Standplatz von Fahrenden abgelehnt wurde. **Wen wundert's**, dass in Pratteln und Emmenbrücke Einbürgerungen verweigert wurden, weil die Leute teilweise zu wenig gut eingegliedert sind. **Wen wundert's**, dass in der Stadt Zürich eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung Schiffbruch erlitten hat. **Wen wundert's**, dass immer mehr Einheimische mit der Ausländerpolitik der Regierenden unzufrieden sind?

In der Stadt Zürich gibt es bereits zahlreiche Wohnblocksiedlungen, wo fast nur noch Ausländer woh-



- Von 1990 bis Ende 1999 ist an über eine Million neu eingereiste Ausländerinnen und Ausländer eine definitive Aufenthaltsbewilligung erteilt worden.
- Trotz Rezession haben 413'000 von ihnen eine Arbeitsbewilligung erhalten.
- Obwohl im gleichen Zeitraum rund 657'000 Ausländerinnen und Ausländer die Schweiz freiwillig verlassen haben, hat die ausländische Wohnbevölkerung allein in den neunziger Jahren um über 30% zugenommen. Dies ist mehr als der Kanton Tessin Einwohner zählt.

nen. In Pratteln existiert das Längli-Quartier, ein Ghetto – Einheimische kann man an einer Hand abzählen. **Und immer wieder erleben wir, wie sich Vertreter von Ausländergruppen gegenseitig – teilweise gar mit Waffengewalt – bekämpfen. Überall dort, wo es zu Hoch- und Höchstausländeranteilen kommt, ist eine Integration in unserer Gesellschaft nicht mehr möglich.**

Neulich wurden in Liestal einmal mehr einheimische Jugendliche durch eine ausländische Jugendbande verprügelt. Und da wandern sich Journalisten und Regierungs-

politiker, wenn eine Studie aus dem Kanton Zürich feststellt, dass immer mehr einheimische jugendliche Lehrlinge sogenannten «ausländerfeindlich» eingestellt seien. Dabei verteidigen diese doch nur ihre angestammten Rechte, die man ihnen – aus ihrer Sicht gesehen – nun auch noch streitig machen will. Unsere Lehrlinge haben zunehmend Probleme, eine Stelle zu erhalten – die ausländische Konkurrenz ist dermassen gross und stark geworden.

18% Ausländer sind wahrlich

Übrigens: Frankreich hat nur einen Ausländeranteil von 8,1%, schweizerische Verhältnisse mit 19,3% würden die nie dulden!

genug!

Vor dem oben geschilderten Hintergrund stimmen wir nun am 24. September 2000 über die Volksinitiative «für die Regelung der Zuwanderung» ab. Für einmal kommt ein solcher Vorschlag nicht von uns Schweizer Demokraten, denn ein überparteiliches Komitee, presidiert von einem Aargauer Freisinnigen, hat diesmal die Initiative ergriffen.

Die wichtigste angestrebte Neuerung ist die, dass der Ausländerbestand höchstens 18% betragen darf. Eine schrittweise Reduktion in einem langen, angemessenen, wirtschaftlich verkraftbaren Tempo hat also zu erfolgen. Niemand wird des Landes verwiesen werden müssen. Denn nach wie vor verlassen jährlich rund 60'000 Ausländer freiwillig unser Land. Man muss nur, sehr einfach, über einige Jahre

etwas weniger Leute ins Land lassen als es verlassen, und schon ist dieses Ziel erreicht. Es ist also eine massvolle Initiative.

Kein Mensch muss deswegen entlassen werden. Der Initiativtext schliesst die «qualifizierten Wissenschaftler» und die «Führungskräfte» von jeglichen Begrenzungsmassnahmen aus, auch Studenten können weiterhin in die Schweiz studieren kommen. Nicht eine Firma muss deshalb schliessen, und auch die Finanzierung unserer AHV ist davon nicht betroffen! **Denn um die AHV zu sichern, brauchen wir nicht immer mehr Leute, sondern eine höhere Wertschöpfung.** Das heisst noch mehr Qualitätsarbeit, hoher Ausbildungsstandard, immer bessere Produkte und eine gute Arbeitsmoral von uns allen – dann bringen wir das Geld für die Sicherung unserer Altersvorsorge auch weiterhin auf. Wer argumentiert, dass wir ständig neue Ausländer bräuchten, um die AHV zu sichern, ist sich darüber nicht im Klaren, dass auch diese Ausländer dereinst ins AHV-Alter kommen und zu Rentenbezüglern werden. Zudem beobachtet man auch bei den Einwanderervölkern zunehmend die Tendenz, dass deren Kinderzahl abnimmt, also kann so die AHV auch nicht «gerettet» werden. Oder sollen dereinst wegen der Dauereinwanderung 10 Millionen Leute in unserem kleinen überbevölkerten Land wohnen? **Einwanderung ist sicher nicht das Rezept zu Sicherung der AHV!**

Lassen wir uns dieses Mal nicht von der Millionenpropaganda der Gegner bange machen und stimmen wir deshalb Ja zur Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung».

Übrigens: Portugal hat nur einen Ausländeranteil von 2,8%, schweizerische Verhältnisse mit 19,3% würden die nie dulden!

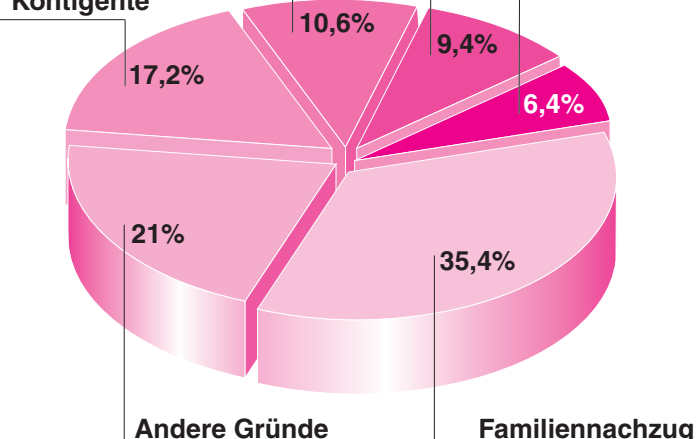
Die wichtigsten Einwanderungsgründe von 1990–1999

Anerkannte Flüchtlinge und Humanitäre

Saisonierumwandlungen

Schüler und Studenten

Kontingente



Ständige ausländische Wohnbevölkerung liegt Ende April 2000 bei 19,3%!

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung hat im ersten Quartal 2000 um 0,1% zugenommen. Mit 19273 Personen oder 1,5% lag der Zuwachs deutlich über der Vorjahresrate (12299 oder 0,9%). Die bisher grösste Zuwachsrate im April wurde im Jahre 1991 mit 59'549 oder 5,6% ausgewiesen.

Entsprechend der Zählung im Zentralen Ausländerregister des Bundesamtes für Ausländerfragen erhöhte sich der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung seit April 1999 auf 19,3% (Vorjahr 19,1%). Die ständige ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz belief sich Ende April 2000 auf 1'376'527 Personen (Vorjahr 1'356'654).

Den mit Abstand grössten Bestandeszuwachs in absoluten Zahlen verzeichneten Staatsangehörige aus Bosnien-Herzegowina (4164 Personen, was einer prozentualen Zunahme von + 23,4% entspricht),

die stärkste Bestandesabnahme erfolgte bei der Gruppe der Italienerinnen und Italiener (-61484 Personen, entspricht -2,0%). Jahresaufenthalter und Niedergelassene; ohne Asylbewerber, inter-

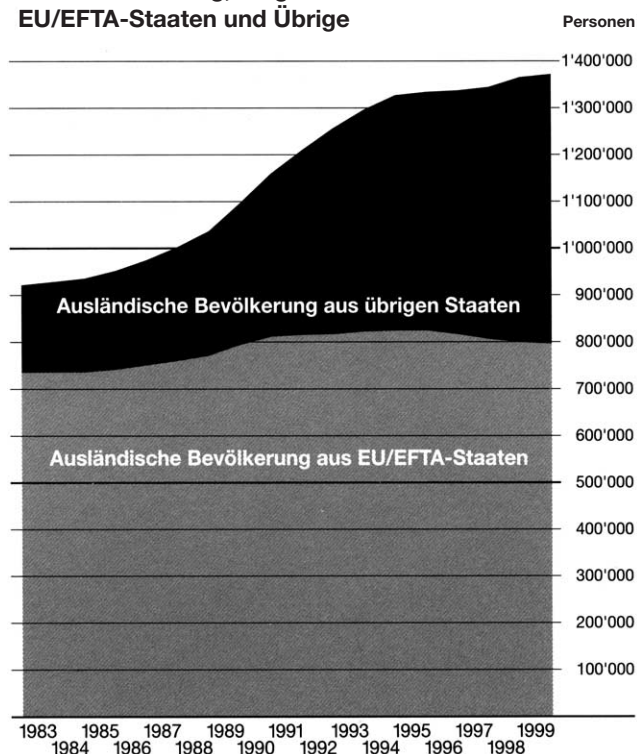
ationale Funktionäre mit ihren Familienangehörigen, Kurzaufenthalter, deren Erwerbsaufenthalt für weniger als ein Jahr bewilligt wurde, sowie Saisoniers. Ende April 2000 lebten 25408 anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz – 564 Personen mehr als im Vorjahr.

Staatsangehörigkeit	Total Jahresaufenthalter u. Niedergelassene	Anteil an der gesamten ständigen ausländischen Wohnbevölkerung
Italien	325'821	23,7
BR Jugoslawien	189'537	13,8
Portugal	135'564	9,8%
BR Deutschland	1041683	7,6%
Spanien	86147	6,3%
Türkei	801114	5,8%
Frankreich	581797	4,3%
Mazedonien	541612	4,0%
Kroatien	431717	3,2%
Übrige	2971535	21,6

Erstmals mehr Personen aus Ex-Jugoslawien als Italiener in der Schweiz

Zählt man die Staatsangehörigen aller Länder des ehemaligen Jugoslawien (Slovenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und BR Jugoslawien) zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 333'680 Personen, was einem Anteil von 24,2% entspricht.

Entwicklung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, aufgeteilt nach EU/EFTA-Staaten und Übrige



«Ich bin doch ein guter Unternehmer...»

Wie oft hörte man diese Beschwichtigung, ja Beschwörung in unserem Lande, wenn vor der Abstimmung vom 21. Mai 2000 zu den bilateralen Verträgen diskutiert wurde. Doch genau diese entscheidende Frage durfte auch in den Medien nicht diskutiert werden. Dazu kommen dutzende von ebenso wichtigen Grundsatzfragen, die niemand je anrühren darf! Diese Tabuisierung und Verhinderung der demokratischen Diskussion und damit der breiten Meinungsbildung ermöglichte ein für viele völlig unverständliches Ja zu diesen miserablen Verträgen, zu denen nur ein EU-Beitritt logische Folge ist.

Es ging um die Frage der Lohndrückerei und des «Working poor»; kein Unternehmer gab natürlich zu, an billigen Arbeitskräften interessiert zu sein. Doch genau das war die Triebfeder vieler Multis, Grossverteiler, Banken und Versicherungen, für die Bilateralen mit mehr als fragwürdigen und millionenschweren Inseraten Werbung zu machen. Dabei sollte doch jeder kritische Bürger in den vergangenen Jahrzehnten gelernt haben, dass Wachstum und Wirtschaftsaufblähung letztlich kontraproduktiv und zum Schaden unseres Landes sind.

Miserabel für den Tourismus!

Denken wir an den Tourismuswahnsinn etwa in Zermatt und anderswo. Die kostbaren touristischen Werte werden gnaden- und

seelenlos dem kurzsichtigen Mammon geopfert, das «Tafelsilber» – die wunderschöne Landschaft – zu betoniert, verunstaltet und damit touristisch wertlos. Aber auch immer dichtere Überbauung, Industrialisierung und Bevölkerung des Mittellandes ist mehr als kontraproduktiv, denn dadurch werden alle Lebens-, Lohn- und Produktionskosten hochgetrieben. Denken wir an all die Auflagen, die bei immer dichter Besiedlung rigoroser und damit teurer werden: Lärmschutz, Gewässerschutz, Umweltschutz, Abgabe, Abfälle und Entsorgungen aller Art, Tierhaltung und Tierschutz, Steuern, Infrastrukturen, bürokratischer und juristischer Aufwand etc.

Politische Heuchler – keine kritischen Medien!

Besonders entlarvend für Umweltorganisationen und Grüne ist die traurige Tatsache, dass diese Herrschaften ja sagen zu noch mehr Einwanderung, Asylerlauf, EU und offenen Grenzen, dann aber behaupten «es braucht uns», politisch die Folgen der selbst propagierten «Öffnung» lauthals und leider nur einseitig in unserem Lande – statt welt- oder doch mindestens europaweit – zu bekämpfen. Dies alles führt zu noch mehr Dumping, zu Auslagerungen von Betrieben und Know-how ins billigere – Ausland oder in jene Länder, wo all diese Auflagen vergessen werden können. So verlieren wir weitere, wertvolle Arbeitsplätze und

Von 1990 bis Ende 1999 ist an über eine Million Ausländerinnen und Ausländer eine definitive Aufenthaltsbewilligung erteilt worden.

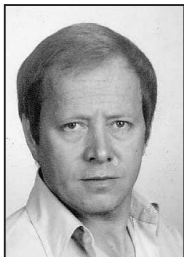
Trotz Rezession haben 413'000 von ihnen eine Arbeitsbewilligung erhalten.

Obwohl im gleichen Zeitraum rund 657'000 Ausländerinnen und Ausländer die Schweiz verlassen haben, hat die ausländische Wohnbevölkerung allein in den neunziger Jahren um 30% zugenommen. Das ist mehr als der Kanton Tessin Einwohner zählt.

Weitere Informationen zur Initiative können via Internet abgerufen werden:

www.18-prozent-initiative.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Das Elend mit dem Elend der Urner



Willy Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen

In diesen Tagen ist ein grosser Proteststurm durch das Land geweht. Frau Bundesrätin Metzler und Herr Bundesrat Leuenberger haben bekanntgegeben, die NEAT-Führung im Urntal würde offen geführt und nicht, wie das die Urner wünschen, im Berge! Die Tunnelierung koste zuviel und sei mit verkehrstechnischen Nachteilen verbunden. Das aber hat den Urnern weh getan, sie fühlen sich betrogen und verraten. Sie hatten ja auch ja gesagt zu miserablen bilateralen Verträgen, die vor allem für das Urnerland schwere Konsequenzen haben werden. Hätten sie rechtzeitig die grossen Verkehrsfragen und das Dossier «Schwerverkehr» wirklich studiert und weniger auf ihre grosssprecherischen CVP- und FDP-«Volkstreter» gehört, stünde der Bergkanton heute wesentlich besser da.

Die Alpen-Initiative wurde vom Volke angenommen und verlangt, dass bis zum Jahre 2004 der Transitverkehr auf die Schiene müsse. Doch Bundesrat Leuenberger hat die Urner total aufs Kreuz gelegt. Aber nicht nur die Urner wurden hintergangen, auch das ganze Volk und unsere demokratischen Rechte hat BR Leuenberger mit Füßen getreten.

§ 1 des bilateralen Dossiers ist ein Todesurteil für Uri

§ 1, Absatz 2 sagt: «Die freie Wahl des Transportmittels ist garantiert». Dieser eine Satz sagt eigentlich alles. Die Transportlobby der EU-Staaten hat also völlig freie Hand, das Transportmittel frei zu wählen. Da liegt auch auf der Hand, warum die EU-Frachter

nach der Unterzeichnung durch Bundesrat Leuenberger die Champagner-Korken knallen liessen. Es gibt für das Transitland Schweiz keine Möglichkeit, etwas zu befehlen oder etwas zu verordnen. Niemand kann den EU-Lastern vorschreiben, auf die Bahn zu wechseln. Die Alpen-Initiative ist also völlig missachtet und mit Füßen getreten worden und zwar von unserem eigenen Bundesrat. Zudem ist der Transit durch unser Land die kürzeste und billigste Strecke, um über oder durch die Alpen zu kommen. 325 Franken Transitgebühr gelten zudem nur in ganz seltenen Fällen; auch da haben unsere Medien, die zu agierenden Parteien verkommen sind, nie richtig informiert.

§ 1 nimmt auch noch den Bleihammer...

Absatz 3 des obigen Artikels im Dossier Schwerverkehr auf Seite 484 verbietet den Vertragsparteien EU und Schweiz «diskriminierende Massnahmen». Das aber ist der absolute Hammer unseres Herrn Leuenberger. Dass die Urner einem derartigen Vertragswerk zugestimmt haben, kann nur bedeuten, dass die Urner gar nicht lesen können oder ganz einfach zu faul waren, diesen ersten und wichtigsten Artikel des Dossiers Transitverkehr überhaupt zu lesen. Denn jeder einigermaßen Normalbegabte hätte vom ganzen Vertrag mit über 800 A-4-Seiten nur diesen einen Artikel 1 zu lesen brauchen und hätte gewusst, dass am 21. Mai 2000 nur ein Nein in Frage kommen darf.

Leuenberger ist K.O. – das Volk betrogen!

Nehmen wir an, trotz äusserst günstigen Transitpreisen für die neuen Tunnel (NEAT-Röhren) der Bahn, will und will der EU-Transitverkehr mit 40- und 44-Tönnern der EU einfach nicht auf die Schiene. Nun beschliesst der Bundesrat auf Drängen der lärm- und gestankgeplagten An-

wohner der Transitachsen, allen voran der Urner und Tessiner, den Transit auf der Bahn via NEAT-Transversale total zu verbilligen. Nehmen wir an, die EU-Transite könnten gratis verladen werden. Nun käme der § 1, Absatz 3 zum Zuge. Die EU-Frachter könnten wegen Diskriminierung klagen und gerichtlich verlangen, dass auch der Strassentransit gratis erfolgen müsse. Das ist eine durchaus realistische Möglichkeit, die aber eindeutig die masslose Ohnmacht unseres Landes und ganz besonders der Urner aufzuzeigen vermag.

«Ich bin doch ein guter Unternehmer...»

Fortsetzung von Seite 3

Lehrstellen. Abgaben und Belastungen steigen. Schwarzarbeit wird immer lohnender!

«Engel» fallen genau so...

Wenn also ein KMUler oder «anständiger» Unternehmer vor dem 21. Mai behauptete, er würde niemals Lohndumping betreiben, so war das eine mehr als blauäugige Aussage. Mag sein, dass sie von vielen aus dem Herzen kam, aber sicher nicht aus dem Kopfe!

Die Marktkräfte haben eigene Gesetze. Wer eine Öffnung und damit einen freien Markt verlangt, macht den Grossen und Mächtigen dieser Welt eine grosse Freude und unterstützt damit die Auflösung der Nationalstaaten und die Errichtung der Eine-Welt-Regierung, die er bei genauer Betrachtung gar nie haben möchte. Jeder Produzent und jede noch so kleine Firma hat Konkurrenten. Diese muss der Unternehmer kennen, er studiert deren Produkte, deren Preise und deren Schwächen. Angenommen, ein einziger Konkurrent ist kein «guter Unternehmer» und produziert seine Produkte in Billiglohnländern oder mit Billig-EU-Importarbeitern auf «Working poor»-Lohnniveau. Damit werden alle «guten Unternehmer» gezwungen, ebenfalls billiger zu produzieren, denn mit den höheren Preisen erhalten sie keine Aufträge mehr, sie müssen aufhören, die Arbeiter entlassen oder fusionieren und verkaufen.

Unhaltbare, gefährliche Versprechungen

Damit ist bewiesen, dass ein einziger Konkurrent alle anderen, «guten Unternehmer» zwingen kann, ebenfalls Lohndumping zu betreiben, um überhaupt als Betrieb am Leben zu bleiben. Hier ist die

Wir alle wurden betrogen oder besser gesagt, wir haben uns aufs Kreuz legen lassen. Darum täten auch die Urner gut daran, inskünftig die Verträge, die sie gutheissen, mindestens einmal durchzulesen. In diesem Falle wäre die Arbeit und der Zeitaufwand mehr als klein ausgefallen – § 1, Absatz 2 und 3 hätten bereits genug ausgesagt, um aus Überzeugung Nein zu stimmen.

Wer dazu zu faul ist, soll den Schaden haben und nicht jammern! Das Elend der Urner ist also hausgemacht.

Blauäugigkeit der obigen Beschwörung «Ich bin ein guter Unternehmer und werde kein Lohndumping betreiben» klar und eindeutig aufgezeigt. Aufgezeigt ist aber auch die traurige Tatsache, dass die meisten Medien und Politiker bei den Bilateralen nicht diskutiert haben, was hätte diskutiert werden müssen – zum Schaden des ganzen Landes! Wir werden also im grossen Stile mit massiv fallenden Löhnen, ja «Working poor» zu rechnen haben. Die massive Einwanderung aus dem 372-Mio-EU-Raume wird grosse Kostensteigerungen des allgemeinen Lebens und vor allem bei den Mieten mit sich bringen, dank Steigerung der Nachfrage. Alles in allem werden der «kleine Mann» und die Familien die Dummen sein. Die Verarmung unseres Volkes, vor allem ein Verschwinden des Mittelstandes gekoppelt mit einer unsinnigen, weiteren Einwanderung und Multikultur, wird dazu eine totale Umschichtung und totale Entfremdung unseres Volkes bringen. Wo aber bleibt unsere einst schöne Heimat? Wo unser Schweizervolk? Die wirklichen Profiteure und Nutzniesser aber sind Politiker, Multis, Grossverteiler, Grossbanken und Versicherungen, die immer dort produzieren, wo kleinste Löhne und Sozialleistungen bezahlt werden müssen, wo Umwelt- und Tierschutz klein geschrieben werden und jene das Sagen haben, die ohnehin die Macht im Staate haben. Das alles haben uns aber keineswegs Ausländer eingebracht; es waren mehrheitlich Schweizer...

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Anzeige

Surselva ist eine Reise wert!

Ein super Erholungs- und Wandergebiet.

Zimmer ab Fr. 40.– pro Person mit Frühstück
Gutbürgerliche Küche

Auskunft: **Ustria Sulegl,
Restaurant/Pension Sonne
7154 Ruschein GR
Tel. 081 - 925 19 96**

*Ehemaliger
Gemeinderat
SD Adliswil*

**F.M.
herzlichen Dank für die
zwei grossen Spenden.**

R. Keller

H. Steffen

Die EU und der «Frieden»



Alexander Nyffenegger, 2. SD-Zentralsekretär, Bern

In der bereits langjährigen Debatte um die Rolle der Schweiz innerhalb Europas tritt immer wieder ein Aspekt zutage, der die Verzweiflung der EU-Turbos betreffend ihrer Gier nach Brüssel sehr deutlich hervorhebt. Es ist auffällig, dass jeweils in Anbetracht des Fehlens von Argumenten das Element des «Friedens in Europa seit der Gründung der europäischen Staatengemeinschaft» als vermeintliche Rettungsboje aufgeworfen wird. Selbst Politologen, welche ihre kompetente Stimme jedoch längst schon dem Medium Fernsehen verkauft haben, versteifen sich im Moment des in die Emotionen ausufernden Zwiesgesprächs auf die scheinbare Friedenssicherung durch die Europäische Union und belegen somit, dass die sachliche Auseinandersetzung um diese in der Tat sehr wichtige Frage allmählich dem Trotz der transnationalen Zentralismusbefürworter gewichen ist.

«Garantiert ist nur der Tod»

Jeder professionelle und jeder leidenschaftliche Historiker weiss, dass die Geschichte, seit sie von Menschenhand festgehalten wird, noch nie Garantien für irgendwelche Bündnisse ausgesprochen hat; schon gar nicht, wenn diese Bündnisse der Friedenssicherung hätten dienen sollen. Darüber hinaus muss man sich einmal des Begriffes «Gemeinschaft» bewusst werden und erkennen, dass alle Bündnisse und Gemeinschaften – ob moralisch legitim oder nicht – den ureigensten Zweck verfolgen, sich entweder abzugrenzen oder andere auszugrenzen. Gerade im Falle der Europäischen Union wird der Aspekt der Ausgrenzung mehr als real, wie das Schicksal unseres östlichen Nachbarn gezeigt hat. Es ist wahrscheinlich auch nur eine Frage der Zeit, bis der Totalitarismus dieses Bündnisses noch andere, weitaus gefährlichere Formen annehmen könnte. Mit Jugoslawien wurde das Exempel überdeutlich statuiert, wie die «Friedenssicherung» aus der Sicht von EU und NATO inskünftig vor sich gehen wird. Es bedarf reichlich viel Zynismus, um die Frage der Friedensgarantie durch die EU mittels Legitimation von Sanktionen und Bomben zu beantworten. Insofern ist bereits die Terminierung des Friedens völ-

lig absurd, wenn zu dessen Sicherung offensichtlich der Einsatz von Kriegsmaterial notwendig sein soll. Hier stellt sich wiederum die Frage, wer eigentlich das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, die Lage eines Landes oder Kontinentes als «friedlich» zu deklarieren, zumal ein Kriegszustand nicht ausschliesslich mit dem Einsatz der Armee definiert werden kann. Gerade auf dem europäischen Kontinent herrscht zwischen einzelnen Staaten regelrechter Wirtschaftskrieg, dessen Folgen die Arbeitnehmer zu spüren bekommen. Dieser Krieg, der schon Tausende von Opfern gefordert hat, wird jedoch ironischerweise gar nicht bekämpft, sondern eher begünstigt, da der Globalisierung ohnehin nicht entgegenzutreten sei. Doch nun zurück zum militärischen Sachverhalt.

Demokratie als Schutzschild

Wenn der west- und mitteleuropäische Teil des alten Kontinents während der letzten 50 Jahre vor bewaffneten kriegerischen Auseinandersetzungen verschont geblieben ist, so gibt es dafür nur **eine** plausible Erklärung: Die Stabilisierung der (direkten und indirekten) demokratischen Werte der verschiedenen europäischen Nationalstaaten dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, dass sich einzelne – ehemals straff zentralistisch geführte – Gesellschaftssysteme von ihrer Vergangenheit weitgehend lösen konnten und nach dem Zweiten Weltkrieg bestrebt waren, das alte Führerprinzip weitgehend durch Souverän-bestimmte Regierungsstrukturen zu ersetzen; obwohl im einen oder andern Staat der Wechsel von der Diktatur zur Demokratie bis heute nicht richtig funktioniert hat. Es war selbstverständlich, dass die Gesellschaftsstrukturen des alten Europa (Ancien Régime, Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, die Königreiche Aragon und Kastilien usw.) aufgrund der Machtballung von Königen und Kaisern enorm sensibilisiert waren auf innerkontinentale kriegerische Auseinandersetzungen, zumal die europäischen Herrscher konsequent auf Expansionkurs ihrer jeweiligen Länder und Staaten fuhren, oder zumindest bestrebt waren, diese zu erhalten. Kriege waren somit an der Tagesordnung und in Bezug auf die damalige Interessenspolitik sogar vonnöten. Die europäischen Staats- und Gesellschaftsstrukturen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg den Entwicklungsprozess der einzelnen Staaten zu dominieren begannen, hatten mit den oben genannten alten Systemen nun wirklich überhaupt nichts mehr gemein; einzig der Bundesstaat Schweiz konnte – selbst zu

dem Zeitpunkt, als im restlichen Europa noch feudale Verhältnisse herrschten – schon auf eine lange Tradition des individuellen und kollektiven Freiheitsbewusstseins

anders aus, da man vom wirtschaftlichen Grundprinzip schon lange Abschied genommen hat und bekanntlich auf einen grossen europäischen Bundesstaat zusteuern



zurückblicken, weshalb sich viele andere europäische Staaten die Schweiz zum Vorbild nahmen und ebenfalls föderative Strukturen einrichten wollten. Dass aber die Europäische Gemeinschaft die Voraussetzungen für den militärischen Frieden in Europa geschaffen haben will, davon kann nun wirklich nicht die Rede sein. Dazu sollte man sich in Erinnerung rufen, dass die Bildung der Montan-Union und später der EG einen rein wirtschaftlichen Zweck verfolgte, um die nach dem Krieg am Boden liegenden Staaten wieder aufzurichten. Ohne die Schaffung dieser ökonomischen Bündnisse hätte es wahrscheinlich kein «Wirtschaftswunder» gegeben, weshalb heutzutage der Zweck sein sollte, die EU in ein ähnliches Konstrukt wie damals zurückzuverwandeln. Die «Visionen» der EU-Fanatiker sehen leider ein bisschen

will; unter Verlust der Souveränität der Einzelstaaten, logischerweise. Zusammenfassend ist noch einmal zu vermerken, dass die individuellen Staaten Europas die Friedensstrukturen geschaffen haben, und zwar 1. aufgrund der Abschaffung von Feudalverhältnissen des alten Europa und 2. durch die Einführung und Stabilisierung der Demokratie – direkt und indirekt; auch wenn es hie und da mit dem Demokratieverständnis etwas hapert. Die Europäische Union hingegen ist in ihrer aktuellen Form ein Rückschritt in das alte Europa, wo der Totalitarismus und Absolutismus Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht besass. Man könnte auch sagen, dass die Herren zu Brüssel einen indirekten Vergleich mit Ludwig XIV., Kardinal Richelieu, Napoleon I. und Oliver Cromwell nicht zu scheuen brauchen.

BUCHHECKE

Alexander Dorin «In unseren Himmeln kreuzt der fremde Gott»

– Eine beeindruckende Analyse über die manipulative und falsche Berichterstattung grosser Medienblätter, basierend auf der westlichen und pro-amerikanischen Pressearbeit während des Kosovo-Kriegs im Frühling 1999.

Alexander Dorin beschreibt in seinem 1999 selbstpublizierten Werk, wie unglaublich zynisch und schlichtweg lügenhaft ein Grossteil der westlichen Journalistenzunft die Vorgänge im jugoslawischen Bürgerkrieg – und insbesondere die serbische Position im Kosovo-Konflikt – darlegten. Der Autor

serbisch-schweizerischer Abstammung hat mit seinem Buch, das von nahezu allen bekannten und unbekanntem Verlagen ignoriert wird, entscheidend dazu beigetragen, wie die Aufklärung über die Print-Instrumentarien von Supermächten des Westens vor sich gehen sollte. Dieses Buch steht denn auch nicht zuletzt für einen Appell an die menschliche Vernunft, sich immer selber ein Urteil über bestimmte Vorgänge in der Welt machen zu müssen und in der Auswahl der Information jeweils sehr vorsichtig zu sein.

Die neuen JSD  -Leibchen sind da!

Weisses Leibchen
Grösse M, L und XL

Fr. 25.– plus Porto und Verpackung
(Versand per Nachnahme)

Zu bestellen bei:
Adrian Moser, Lysstrasse 32a, 3270 Aarberg

(Absender und Grösse nicht vergessen!)



Vorderseite:



Rückseite:

Einladung
1.-August-Feier der SD

am Dienstag, 1. August 2000
im Hotel Winkelried, Landstrasse 36, Wettingen

ab 11.30 Uhr

Mittagessen

13.30 Uhr

Offizielle Feier

Ansprechen von
– a. Nationalrat und SD-Zentralpräsident Rudolf Keller
– SD-Nationalrat Bernhard Hess
– Lega-Nationalrat Flavio Maspoli
Musikalische Umrahmung

Anreise:

Mit dem Zug bis Baden, dann mit Bus Nr. 1 oder 7 bis Haltestelle Winkelried
Mit dem Auto: Autobahnausfahrt Wettingen,
das Hotel Winkelried befindet sich Mitten im Dorf,
Parkplätze vis-à-vis oder im Parkhaus bei Coop/Migros

Mittagessen:

Menu 1 Rindsbraten
Kartoffelstock
Gemüse
Dessert Fr. 22.–

Menu 2: Fitnessteller
(Schweinssteak mit gemischtem Salat)
Dessert Fr. 22.–

Für das Mittagessen bitten wir um Anmeldung.



Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ / Ort _____

Anzahl Personen _____ Menu I _____ Menu II _____

Talon bitte einsenden an:

SD Aargau, Postfach 17, 5332 Rekingen AG
Tel. 056 - 249 33 94, Fax 056 - 250 65 14
E-Mail: aargau@schweizer-demokraten.ch

Wider die Anglizismenflut



Der Nationalrat hat gegen den Willen des Bundesrates – jedoch mit SD/Lega-Unterstützung – ein Postulat überwiesen, wonach an Schweizer Schulen zuerst eine der vier Amtssprachen als Fremdsprache gelehrt werden soll. An Schweizer Schulen dürfe der Englischunterricht nicht auf Kosten der Amtssprachen stetig zunehmen. Chancenlos blieb jedoch die Motion von SD-Nationalrat Bernhard Hess, der sich gegen die Zunahme von Anglizismen in den schweizerischen Amtssprachen wandte.

Hier Auszüge aus seinem Votum im Nationalrat: «Swisscoy» nennt sich die Abordnung der Schweizer Armee im Kosovo. Das Bundesamt für Kampftruppen lädt die neugewählten Nationalräte persönlich zum «Gebirgsevent» ein. Das pauschalfrankierte Kuvert und das Mitteilungsblatt der Eidgenössischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit trägt den Titel «Newsletter». Das erste private Fernsehen «Tele 24» führt beinahe nur noch Sendegeräte mit «engleutschen» Bezeichnungen wie «Swissnews», «Lifestyle» oder die kauderwelsche Bezeichnung «Sonnentalk». Viele «denglische» Ausdrücke werden aber schlicht falsch angewandt oder könnten problemlos durch wörtliche Übersetzungen ersetzt werden. Deshalb habe ich nachstehende Motion eingereicht, welche die Landessprachen vor der Anglizismenflut schützen soll.

Insbesondere der heutige Deutschschweizer hat es wahrlich nicht leicht. «Cool» muss er sich immer um «Fun» bemühen, mit «Fitness» in «Action» sein, von einem «Highlight» zum nächsten «Event» hetzen, mit «Tickets» und «Cards» durchs «Global Village» rasen, als «User» versuchen, ein «Winner» zu werden, mit «Lifestyle» stets in sein.

Es ist zwar noch verständlich, dass einmal ein Fremdwort verwendet wird, bei dem ein treffender Ausdruck fehlt. Aber für die Unmenge eingestreuter englischer Wörter gibt es gute deutsche. Klammerbemerkung: Die Argumentation, die ich aus Einfachheitsgründen nur auf die deutsche Sprache beziehe, gilt selbstverständlich auch für das französische, italienische und rätoromanische, muss aber einwenden, dass in diesen Sprachräumen weit weniger Sprachdeserteure am

Werk sind. Warum aber werden nicht deutsche Wörter verwendet, beispielsweise Lieder statt «Songs», Benützer statt «User», Flugblatt statt «Flyer», Spitze statt «top», modische Bekleidung statt «Fashionwear», Wettkampf statt «Contest», essen statt «fooden», sich entspannen statt «relaxen», einkaufen statt «shoppen», fälschen statt «faken» usw. Das deutsch-englische Mischmasch ist beileibe keine Spezialität der Jugend. Auch Erwachsene streuen mit Vorliebe englische Ausdrücke in ihre Texte: «Wellness» statt Wohlbefinden, «Mainstream» statt Hauptströmung, «Headline» statt Schlagzeile, «Hotline» statt heisser Draht, «Hearing» statt Anhörung, «Recycling» statt Wiederverwertung, «Slow-motion» statt Zeitlupe, «Turnaround» statt Wende, «Level», «Challenge», «Feedback», «Business», usw. Ladeninhaber erklären an der Tür ihren Laden für «open»!

Sprachliche Verarmung

Dabei ist das verwendete englische Wort sogar häufig eine haargenaue wörtliche Übersetzung des deutschen: «Guideline» statt Leitlinie, «Lifestyle» statt Lebensstil, «Bodyguard» statt Leibwächter. Und manchmal ist der verwendete Ausdruck geradezu irreführend: eine «Airline» betreibt ja nicht nur eine Fluglinie! Im Allgemeinen sind die vielen englischen Wörter aber Ausdruck einer sprachlichen Verarmung: «Message» kann Botschaft, Mitteilung oder Nachricht bedeuten, «Fun» Spass, Vergnügen oder Lebensfreude, «Highlight» Höhepunkte, Schlaglichter oder Glanzpunkte, «Power» Kraft, Stärke oder Durchsetzungsvermögen. Und das insbesondere von jungen Leuten gebrauchte «cool» kann alles Mögliche bedeuten, nur nicht kühl: lässig, gut, selbstsicher, erstrebenswert, bewundernswert, entspannt, schön, überlegen, überheblich, arrogant, anmassend, blasiert, geniesserisch, gelassen, erfreulich, herrlich.

Nun einen Blick auf die «englisch verseuchte» Werbeindustrie: «In Fernseh-Spots» müssen wir uns idiotische englische Sprüche und Gesänge anhören, auf Plakaten ebenfalls vorwiegend englische Texte «Do You speak Orange?» Diese Beispiele spiegeln nur einen kleinen Bereich der Zerstörung des Deutschen. Auch Behörden und halbstaatliche Institutionen sprechen immer häufiger «engleutsch». Manche reden sich heraus, die Wirkung auf die Jugend sei so «besser». Ein solches Verhalten ist krank, und die Krankheit heisst «Anglomanie».

Kulturelle Verarmung

Nicht zu vergessen: Und einen Punkt bildet selbstverständlich der

Kulturimperialismus der USA als letzte Grossmacht, die übriggeblieben ist. Sogar mit Hilfe der WTO setzen die US-Amerikaner ihre englischsprachigen Gesänge, Filme, Video- und Fernsehproduktionen mit ziemlicher Gewalt durch. Das alles zusammengenommen werfe die Frage auf: «Gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg zur kulturellen Verarmung der Welt?».

Unseren französischen Nachbarn, die unter einem ähnlichen Angriff auf ihre Muttersprache Französisch leiden, war ihre Sprache gesetzliche Bestimmungen wert. Und «Webseiten-Besitzer» werden sogar gerichtlich gezwungen, ihre englischen Seiten auch auf französisch anzubieten.

Doch wie könnte so ein Gesetz zum Schutz der Landessprachen aussehen?

1. In Schriften der Landes- und Amtssprachen dürften deutsche, französische, italienische und rätoromanische Begriffe nicht durch Worte in einer ausländischen Sprache ersetzt werden.
2. Titel von Filmen, Büchern und anderen Veröffentlichungen sind in den entsprechenden Landesspra-

chen abzufassen. Ein ausländischer (meist englischer) Originaltitel kann hinzugefügt werden. Er ist in Druckwerken drucktechnisch deutlich kleiner zu gestalten als der Titel in der Landessprache.

3. Werke, die der Produktwerbung dienen, dürfen nur in den Landessprachen verfasst werden. Fremdsprachige Originalfassungen dürfen nur zu dokumentarischen oder künstlerischen Zwecken veröffentlicht werden.

Unberührt bleiben:

1. Anerkannte Fremdwörter
2. Begriffe, die keine Entsprechung in deutscher, bzw. französischer, bzw. italienischer, bzw. rätoromanischer Sprache haben.

Ein solches Gesetz wäre aber auch zum Verbraucherschutz sehr geeignet. Es könnte schweizerische Verbraucherinnen und Verbraucher, die zu mehr als 50 Prozent kein Englisch verstehen, vor dem pseudoenglischen Imponiergefasel der Werbeagenturen schützen. Jedenfalls nur mit gesetzlichen Massnahmen können wir der Zerstörung nicht nur der deutschen Landessprache durch kosmopolitische Sprachdeserteure wirksam entgegenzutreten.»

Wie eine Stimme aus dem Jenseits:

Ein Mahnruf der «Académie Française»

Ohne dass die Masse unserer Zeitgenossen es wahrnimmt, versinkt die Geisteswelt Europas im Geschwätz der Massenmedien. Mit gezielter Frechheit betreiben die «kulturellen Führungskräfte» eine planmässige Zerstörung aller Wertvorstellungen. Was Jahrhunderte lang dazu gedient hatte, um die abendländische Hochkultur aufzubauen, soll nun dem Vergessen überantwortet werden. Die europäische Geisteswelt geht unmerklich unter im Morast eines primitiven Nützlichkeitsdenkens. Aber da erklingt ganz unerwartet, wie ein heller Glockenton, die Stimme einer geistigen Wachmannschaft: es ist die fast legendäre «Académie Française». Mit einem von allen 40 Mitgliedern einhellig verfassten Text erhofft diese einzigartige Körperschaft am 6. April 2000 ihre Stimme und richtete harte Vorwürfe an die Öffentlichkeit. Keine «moralische Anstalt» und kein Kirchenkonzil hat es bisher gewagt, mit derartigen Vorwürfen in unser Zeitalter einzurufen.

Der erste Hieb gilt dem sogenannten «modernen Schulunterricht». Dieser bemühe sich bloss noch darum, der Lehrtätigkeit jeglichen Gehalt zu entziehen: «Seit mehr als 20 Jahren wird planmässig darauf hin-

gearbeitet, im Schulwesen die Kenntnis und die Liebe zu unserem Schrifttum abzuwürgen. Deshalb gibt es überhaupt keine Anstrengung mehr, um die Geistesqualität zu fördern.» – Insbesondere heisst es: «Wenn der Unterricht es nicht mehr fertig bringt, Kinder und Erwachsene fähig zu machen, die Hauptwerke der Literatur zu verstehen, dann muss man wahrlich an unserem Schulwesen verzweifeln. Wenn die Kinder weder im Elternhaus noch in ihrer Umgebung auf die Hauptwerke unserer Literatur hingewiesen werden, dann wäre es die Pflicht der Schule, ihnen davon Kenntnis zu geben.

Es ist eine sonderbare Auffassung von Staatsbürgertum, wenn man die Jugend nicht mehr teilhaben lässt an der Besinnung über das Menschenleben und über das Menschsein... Eine Besinnung, die unser Schrifttum seit einem Jahrtausend vornimmt. Haben doch unsere Schriftsteller und Dichter sich vorzüglich darum bemüht, die Betrachtung und das Verständnis menschlicher Situation und die Berufung des Menschengeschlechts zu erörtern. Auch heute sind Schriftsteller bestrebt, sich dieser grossen Aufgabe zuzuwenden und

Fortsetzung Seite 8



Kanton Thurgau



Jupa und die Minimallöhne







Jonny Bregenzler vom Jugendparlament Thurgau schreibt: «Zu viele Fragen...», dass bei der Vorstellung der Schweizer Demokraten «leider viele Fragen offen geblieben sind...» so auch was zu tun sei gegen «working poor» und dass «Minimallöhne» von uns gar nicht bejubelt würden...

Vor immer mehr «working poor» warnen wir seit Jahren, denn die Öffnung mit dem freien Personenverkehr und der gewaltige Asylleerlauf als Einwanderungshinter-

türe beschern uns immer mehr Stellensuchende. Je grösser das «Angebot» auf dem Arbeitsmarkt, umso eher fallen die Löhne. Das beweisen die meisten EU-Staaten und die Millionenpropaganda für die Bilateralen durch unsere Konzerne (sie hoffen auf fallende Löhne...) Wie heute trotz Verfassungsartikel und Gleichstellungsgesetz die Frauen nicht den Männern gleichgestellt sind, werden auch Miniallöhne kontraproduktiv sein. Wer als Büetzer klagt, wird kaum länger beschäftigt; unter irgend einem Vorwande wird er früher oder später entlassen. Das heisst, es werden also viele für tiefere Löhne arbeiten und den Mund halten. So wird aber auch die Schwarzarbeit kräftig gefördert. Minimallöhne sind aber auch wenig motivierend und kaum geeignet, Spitzenleistungen zu erbringen; vom Mittragen gar nicht zu reden. Minimallöhne schaffen wenig Ansporn, dafür umso mehr Ungleichgültigkeit und Desinteresse; sie sind im ganzen gesehen also arbeitsfeindlich. Die unfähigen Gewerkschaften aber müssen wenigstens so tun, als ob sie für die Büetzer kämpfen; doch dies ist leider – bei genauer Analyse – ein böser Trugschluss für alle.

SD Thurgau

Veranstaltungskalender

 Kanton	SD Schweiz Sektion	1.-August-Feier in Wettingen/AG (vgl. Programm S. 6) Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlten
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberraar/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun	
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Motel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	Stamm jeden letzten Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr in einem Saal des Restaurants Dufour in St. Gallen. (kein Stamm im Juli, dafür 1.-August-Feier mit SD Schweiz)
	Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch-Höck am 14. August 2000, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, 8302 Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof)
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metz, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, erstmals am 6. Juni 2000, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf

Ein Mahnruf der «Académie Française»

Fortsetzung von Seite 7

werden nicht müde, diesem Ziel weiterhin zu dienen...»
Es sind harte Worte und feierliche Gedanken, die da ausgesprochen werden. Keine politische Partei und kein demokratisch gewähltes Parlament oder sonstige politische Körperschaft spricht heute noch mit solcher Eindringlichkeit, wenn es darum geht, einen offenkundigen Misstand zu tadeln. Denn die ACADEMIE ist zwar eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die aber nicht aufgrund der üblichen «demokratischen» Methode gewählt wird: es ist ein rein intellektuelles Gremium, das sich selber ergänzt, sobald eines der Mitglieder stirbt.

*Dr. iur. Beat Christoph Bäschlin,
Tegna TI*

**Wir danken
Wilhelm Tell
für seine grosszügige Spende
vom 2. Juni 2000!**

**Kanton Thurgau****Lehrermangel und
Lehrer-Selbstmordrate**

Maya Iseli, die linksgrüne Kantonsrätin von Romanshorn, hat eine Interpellation im Grossen Rat eingebracht. Ihre Sorge gilt dem Lehrerstand. Ein Mangel sei offenbar, zudem biete die Wirtschaft heute bessere Möglichkeiten. Aber auch die geplante Verlängerung der Ausbildung sei negativ. «Für viele ist ihr Beruf zu komplex und psychisch und physisch zu belastend geworden. Viele fremdsprachige Kinder erschweren den Unterricht, ebenso Disziplinmangel und Gewalt...»

Diese Interpellation ist ein schönes Beispiel des «grünen Schaffens» – man tut alles, um diese Zustände herbeizuführen, um dann politisch und medienwirksam das Klagegedicht anzustimmen. Da werden dann auch noch Rezepte und Vorge-

hensweisen empfohlen, wie die «unhaltbaren Zustände» verbessert werden könnten. Es ist wohl kaum nötig zu erwähnen, dass auf diese Weise ein Umbau unserer Gesellschaft stattfinden soll und auch wirklich stattfindet. Sind die Menschen in unserem Lande zu dumm und einfältig, dieses faule Spiel zu durchschauen? Dann sollten wenigstens wir Schweizer Demokraten hier aktiv werden und diese Machenschaften gegen unser Volk und Land aufdecken.

Da eine grosse Mehrheit der Medien heute Partei geworden ist, kann und muss leider der «kritische Journalismus» – das «Gewissen der Nation» vergessen werden.

*Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau,
Dettighofen*

Grüne Schaumschläger

Wir alle kennen sie. Grosse Sprüche zur «Menschlichkeit» und «Asyltradition» der Schweiz machen sie medienstark, wenn es darum ginge, den Asylleerlauf im Sinne der echt Verfolgten zu korrigieren. Sie treten ein für Einwanderung aus aller Welt, für freien Personenverkehr, Multikultur und EU-Anschluss.

Sie sind gegen die Nation Schweiz, gegen Heimatgefühle und wollen der ganzen Welt die gleichen Rechte einräumen. Richtig, es sind die Grünen und Umweltorganisationen, die auch für das Dossier Schwerkraft der bilateralen Verträge plädiert haben, obwohl damit die ganze Alpenschutz-Initiative unter die EU-Laster-Räder kommt und Volksrechte mit Füßen getreten werden. «Die Ideologie ist eben wichtiger...» hiess es lapidar.

Nun machen die gleichen «Anwälte der Natur» wieder medienwirksam mobil gegen eine Umfahrungsstrasse in der Nähe von Kreuzlingen. Mit ganzer Inbrunst haben sie für mehr Verkehr, mehr Einwanderung und dichtere Besiedlung und noch mehr Öffnung geworben und uns als «engstirnige Rassisten» titulierte, um nun gegen eine Umfahrung T-13 und damit die Entlastung der Strassenanwohner lauthals anzugehen.

Wichtig ist diesen Leuten offenbar nur eines: Immer in den Medien auftreten – die sie natürlich gerne bringen, unser Land und unsere Nation zu zerstören mit Multikultur und noch mehr Entfremdung, um schliesslich noch als rettende Umweltpostel bei den Wahlen zu predigen «die Grünen braucht es einfach...»

**Kanton Zürich****Skandal: Ein Postbeamter wirft
SD-Flugblätter ins Altpapier**

Presseberichten (TA, Sonntags-Zeitung) war zu entnehmen, dass ein Zustellbeamter der Post im Vorfeld der Zürcher Verfassungsratswahlen Sendungen der Schweizer Demokraten (SD) wegwarf, statt diese pflichtgemäss zuzustellen. Der Postbeamte zeigte sich uneinsichtig und brüstete sich in der Presse sogar mit seiner Verfehlung. Die Schweizer Demokraten ver-

langen mit nachstehendem Schreiben von der Generaldirektion der Post Aufschluss über den genauen Sachverhalt und über die Schritte, welche gegenüber dem fehlbaren Beamten unternommen werden. Sie prüfen ferner die Erstattung einer Strafanzeige.

*Medienmitteilung des Kantons
Zürich, Sekretariat,
Therese Spiess Baumgartner*

sichtigen Überzeugungstäter handelt?

Falls die betroffenen Haushaltungen tatsächlich nicht bedient wurden, erwarten wir auf denselben Tag, an dem uns die Porti belastet werden, eine entsprechende Gut-schrift auf unserem Postkonto.

Wir bringen Ihnen ferner zur Kenntnis, dass wir die Einreichung einer Strafanzeige gegen Herrn Schweizer prüfen.

Mit freundlichen Grüssen

*SD des Kantons Zürich
Christoph Spiess-Baumgartner,
Präsident*

**Vorsätzliches Wegwerfen von
Postsendungen**

Sehr geehrte Damen und Herren
Im Vorfeld der Zürcher Verfassungsratswahlen vom 18. Juni 2000 liessen wir einen Teil unseres Propagandamaterials durch die Post zustellen. Wie wir nun der Presse entnehmen mussten, warf ein Zustellbeamter namens Walter Schweizer unsere Sendungen weg, statt diese ordnungsgemäss zuzustellen.

Wir lassen uns als Postkunden keine derartigen Machenschaften gefallen und sind nicht bereit, diesen schwerwiegenden Vorfall einfach auf sich beruhen zu lassen.

Gerne erwarten wir Ihre Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Wurden die fraglichen Postsendungen schliesslich doch noch zu-

gestellt und, wenn nein, weshalb nicht und was ist diesfalls damit geschehen?

2. Welcher Zustellrayon wurde von der Verfehlung des Herrn Schweizer betroffen?

3. Wieviele Haushaltungen umfasst dieser Zustellrayon?

4. Handelt es sich um einen Einzelfall oder besteht die Möglichkeit, dass es zu weiteren Verfehlungen dieser Art kam?

5. Was unternimmt die Post, um solche Vorfälle inskünftig zuverlässig zu verhindern?

6. Welche Schritte werden Ihrerseits gegen den fehlbaren Beamten unternommen, bei dem es sich – wie den Presseberichten zu entnehmen ist – offenbar um einen unein-

**Kanton St. Gallen****Die Sektion Wil kandidiert
für den Gemeinderat**

Die Sektion Wil und Umgebung nominiert folgende Kandidaten für

die Gemeinderatswahlen vom 27. August.



V.l.n.r. Ruedi Lüber, Motorradmechaniker, Hans Wohlwend, Kaufmann (bisher), Annelies Oswald, Geschäftsfrau, Heidi Egli, Hausfrau, Jeanette Stettler, Hausfrau, Marcel Haag, Abteilungsleiter (bisher), Daniel Lerch, Carrosseriespengler.

Peter Brunner, höchster Baselbieter!

Am 22. Juni 2000 war es soweit. Der Baselbieter Landrat wählte unseren SD-Landrat Peter Brunner zum Landratspräsidenten. Nach einer kurzen Feier im Landratsaal wurde er um 12 Uhr von der Partei in einer Stretch-Limousine vor dem Regierungsgebäude standesgemäss abgeholt. Zusammen mit 35 weiteren SD-Mitgliedern und Sympathisanten ging es dann auf den Fraktionsausflug.

Voran die Limousine mit der SD-Fahne, der Baselbieter und der Schweizer Fahne, dahinter der Oldtimer-Bus von Marcel Brühwiler (aus Maisprach – zu mieten, ein

Insider Tipp!) – so gings nach Pratteln, wo im Hotel «Engel» das gemeinsame Mittagessen eingenommen wurde. Anschliessend besuchte die muntere SD-Schar das Musikautomaten-Museum in Seewen. Dann gings weiter nach Aesch. Dort spendierte die Wirtfamilie Gigliotti in unserem Stammrestaurant «zur Rebe» einen Champagner-Zwischenhalt. In Pfeffingen, dem Wohnort von Peter Brunner, hatte die Gemeinde ein grosses Fest mit über 300 geladenen Gästen aus Politik, Kultur, Wirtschaft und den Gerichten organisiert. Auch dort gab's wieder einen Apéro – für die ganze Bevölkerung

– und ein feines Essen. Reden wurden natürlich auch gehalten: Von Walter Jermann (dem abtretenden CVP-Landratspräsidenten), von Andreas Koellreuter (dem neuen FDP-Regierungsratspräsidenten), vom Grünen Basler Grossratspräsidenten Markus Ritter, vom Pfeffinger CVP-Gemeindepräsidenten Eugen Tanner und von unserem Zentralpräsidenten Rudolf Keller. **Rudolf Keller übergab unserem Landratspräsidenten an der offiziellen Feier eine grosse Treichel. Diese wird den Tag unvergesslich machen! Abgeschlossen wurde der kurze Redereigen mit einer Dankesrede von Peter Brunner. Umrahmt wurde der Abendanlass von einem tollen Unterhaltungsprogramm.**

Wir danken den Organisatoren der Gemeinde Pfeffingen für die grosse Arbeit, welche für das Landratspräsidentenfest geleistet wurde. Danken wollen wir auch Thomas H. Friedli und Otto Friedli für die Stretch-Limousine und der Wirtfamilie Gigliotti für den Sekt-Apéro.

Für ein Jahr werden Peter Brunners Frau Pia und die drei Söhne ihren Mann/Vater etwas weniger sehen, denn dieser muss an Dutzenden von Anlässen unseren Kanton Baselland repräsentieren. Da aber jedes Jahr ein Ende hat, wird nachher, wenn Peter Brunner den Landrat gelegentlich verlässt, eine ruhigere Zeit auch für die Familie kommen.

Schweizer Demokraten Baselland

22. Juni 2000, Peter Brunner Euse SD-Landratspräsident



*Dr Peter Brunner macht sit drissig Jahr
Ganz flüssig Politik, s'isch wöhr*

*Als junge Ma mit grünem Schnabel
Isch er scho bi dr Partei gsi in Basel*

*Me ghört em si stedtisch Härkunft no hüüt a
Trotzdäm isch er worde ä Baselbieter Maa*

*Sini erschte Spore hett er abverdient
Bi dr Basler Schuelpläg mit villne Chind*

*Denn isch er ufs Land cho und hett geit
S'mues mehr laufe, dass es besser geit*

*Eusi Partei müess me vill besser verchaffe
Domols no von Schönebuech bis Ammel und nit bis Laufe*

*Im Baselbieter SD-Vorstand isch er denn scho ganz schnäll gsässe
Und sit 1987 isch er vom Landratsmandat agfrässe*

*Mängisch isch er unbequem gsi in däm Rot
Aber immer umgänglich und öbbe au ä bitzeli rot*

*Scho schnäll isch är Vorstosskönig worde
Und sini Fraktion isch gross und grösser worde*

*In villne Kommissionen hett er gschafft
Und au no dr Fraktionspräsident gmacht*

*Voreme Jahr hett me ihm denn droht
Mir wehle di zum Vize vo däm Rot*

*Jetz si'n'em alli Händ fescht bunde
Uf dr Vorstosslichte isch er zunderscht unde*

*Drfür darf är jetz fahrend dur Euse Kanton dure laufe
Für ei Jahr dr höchstü Baselbieter vo Ammel bis uf Laufe*

*Mir Schwizer Demokraten wünsche Eusem Peter
Vill vill Glück uf dene interessante Baselbieter Meter*

*Dr Baselbieter Landrot hett bewiese mit dere Wahl
Dass es ihm mit sinere Toleranz nit isch egal*

*Mänge SD-Gegner hett für ihn gstimmt mit Schmärze
Do drfür danke mir ihne vo ganzem Härze*

*Und die wo nit gsi si für ä Brunner Peter
Wärde stune ab sine villne tolerante Meter*

*Pfäffige hett organisiert für hüüt das Fescht
Do drfür dank ich im Name vo allne Gescht*

*Denn danke mir au sinere Frau samt Chinder
Die kenne dr Peter fascht numme no vo Bilder*

*Zum Schluss tüen mir eusem Landratspreesi überreiche
Vo dr Partei no ä wunderschöni Treichle*

*Aer isch landeswüt dr erscht vo eusere Partei
Wo hett dörfe empfangen ä settig höchi Weih*

Leserinnen und Leser fragen – unsere Redaktion antwortet:

In Anbetracht der zunehmenden Flut von voyeuristischen Fernsehsendungen, deren Tiefpunkt mit der kürzlich zu Ende gegangenen Serie «Big Brother» auf RTL 2 erreicht wurde, stellt sich endlich die Frage, ob die Macher dieser bedenklichen Seifenopern-Marathone eigentlich vollständige Narrenfreiheit in der Zur-Schaustellung menschlicher Abgründe besitzen und ob das Eidgenössische Departement des Innern in der Vergabe von Konzessionen für Private inskünftig nicht etwas vorsichtiger sein müsste.

«Big Brother» – die unaufhaltsame Trivialisierung des Fernsehens

Diese Fragen werden insofern immer aktueller, als sich jetzt sogar der unsäglich quotengierige «Schmuddel-Sender» TV 3 mit einer Neuaufgabe der RTL-Produktion ins Rennen um die boulevardgeile Publikumsgunst einschalten will und der Trivialisierung des an sich investigativen Auftrags von Fernsehschaffenden entsprechend Vorschub leistet. TV 3, der offensichtliche RTL-Abklatsch des ehemaligen «FACTS»-Chefredaktors Jürg Wildberger, ist ein exemplarischer Fall von verzweifelter Suche nach der quotenträchtigen Sensation, zumal dieser Sender seit seinem Start wohl ein berechtigtes Problem mit seinen Zuschauerzahlen besitzt.

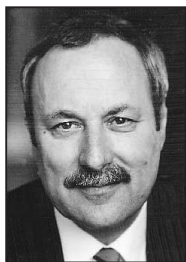
Die eher stillen Befürworter dieser neuen so genannten «realen» Seifenoper halten sich – angesprochen auf den voyeuristischen Gehalt der Serie – nicht zurück, den kritischen Betrachtern Zensur vorzuwerfen, wenn besorgte Zeitgenossen über allfällige Verbotsmassnahmen sinnieren und solche auch vorschlagen. Nun, selbstverständlich ist jeder Konsument frei in der Entscheidung, sich ob dem infantilen Spektakel zu ergötzen, schliesslich bescherte uns die Technologie sogar Fernbedienungen. Allerdings gibt primär die Tatsache zu denken, dass genau der Konsument letztlich die Gebühren für den Anstieg von Schund- und Schmuddelendungen zu bezahlen hat. Darüberhinaus wird die Mauer des Tabus immer löchriger, und man kann sich heute schon die Frage stellen, ob es eines Tages «chic» sein wird, Besuche in Menschenzoos und -parks abhalten zu können.

Die unheimliche Spirale des immer grotesker anmutenden Medienschaffens einiger Privatsender dreht sich weiter und weiter, sodass es zusehends dringlicher wird, den Spielraum für allzu übermütige Fernsehmacher entsprechend einzugrenzen. Es kann doch nicht sein, dass unter den zahlreichen wirklich begabten Promotoren nicht einige zu finden sind, welche sich der totalen Vermarktung um der Quoten willen noch nicht gänzlich verschrieben haben. Oder ist die Menschheit der Dekadenz bereits total verfallen und erachtet Qualität als überholtes Relikt?

Die Redaktion

Berns Propaganda-Maschinerie durchleuchtet –

Steuerzahler werden mit Steuermillionen manipuliert



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
Fischenthal

Die Antwort auf eine Interpellation Borer Roland zum Thema «Bundesverwaltung, Informationsflut» gibt detailliert Auskunft über das personelle und finanzielle Ausmass der Informationstätigkeit der verschiedenen Departemente. Täglich werden Interessierte, Mandatsträger, Dienststellen, Medien, Verbände, Parteien und Personen mit Broschüren, Informationsblättern, Hochglanzprospekten und Mails aus «Bundesbern» überflutet; so drückt sich der Interpellant aus. Man wird an Verhältnisse in totalitären Staaten erinnert.

Transparenz schaffen oder Manipulation?

Der Bundesrat gibt in seiner Antwort zu, dass die Behörden früher in ihrer Informationspolitik zurückhaltender aufgetreten seien. Das lawinenhafte Ansteigen seiner Informationstätigkeit begründet er damit, dass Medien und Öffentlichkeit von ihm eine aktive Rolle erwarten. Das Ziel seiner aktiven Kommunikationspolitik sei es, Transparenz zu schaffen und der Bevölkerung sein Handeln näher zu bringen. Dass neben der aufwendigen Public-Relations-Arbeit der Aemter die Bundesräte und Chefbeamte wie Wanderprediger durchs Land ziehen, begleitet von einer gleichgeschalteten Journalisten-Horde – so kürzlich im Vorfeld der Abstimmung über die Bilateralen Abkommen beobachtet – hat wenig mit Transparenz zu tun, sondern ist eher unter «einseitiger Beeinflussung» oder «Manipulation» zu subsumieren.

Kommunikation der Departemente in Zahlen

Personal: Die Bundesverwaltung beschäftigt 113 Informationsbeauftragte, welche sich auf die Departemente (26 Personen), die Bundesämter (67 Personen) und weitere Dienststellen (20 Personen) verteilen. Zudem wurden im Jahre 1999 12 externe Mandate vergeben, welche allerdings zeitlich befristet und an besondere «Produkte» gebunden waren. Weiter sind 40 Personen hauptsächlich mit der Herstellung von Druckerzeugnissen und

ebenfalls 40 Personen mit den Internet-Auftritten der Verwaltung beschäftigt.

Kosten: Die Gesamtkosten der Druckerzeugnisse beliefen sich 1999 auf rund 18,5 Millionen Franken; die Lohnkosten der 193 Beschäftigten im Info-, Internet- und Druckbereich werden leider nicht ausgewiesen. Sie lassen sich aber grob schätzen: 193 Stellen zu 90'000 Franken Jahresdurchschnittslohn ergibt 17,4 Millionen Franken, was einem Total von 35,9 Millionen Franken entspricht. Natürlich sind in dieser Summe auch Erzeugnisse enthalten, welche gesetzlich vorgeschrieben sind, wie zum Beispiel die Botschaften über die verschiedenen Geschäfte, welche der Bundesrat ans Parlament, an die akkreditierten Journalisten und an Redaktionen leitet...

Sind Bundesräte Hampelmänner ihrer Berater und Kommunikatoren geworden?

Kürzlich schrieb der Unterzeichnete im Zusammenhang mit dem Werbeauftritt des Regierungsrates seines Wohnkantons bei den Bilateralen Abkommen einen Brief an den hohen Regierungsrat. Einige Tage später erhielt er eine Miniantwort, welche unterzeichnet war von der «Kommunikations-Beauftragten», der ehemaligen Journalistin einer Zürcher Tageszeitung (!). Was sei damit ausgedrückt? Auch in Bundesbern sind ehemalige Redaktoren – ja Chefredaktoren – als Informations-Beauftragte in der engsten Entourage von Bundesräten anzutreffen. Dass diese Leute enge Verbindungen zur Zunft der Medienschaffenden haben und solche Verbindungen in aller Breite nutzen, ist wohl Teil ihres Auftrags. Vor der Abstimmung über die neue Bundesverfassung hat sich selbst ein Bundesrat in einem persönlichen Schreiben an die Chefredaktoren der verschiedenen Medien mit dem Ersuchen gewandt, die Zeitung möge doch alles unternehmen, dass das Volk der Vorlage zustimmen werde – und siehe da: Das Volk hat leider zugestimmt...

Wenn Information zur Propaganda wird

Wenn ein Bundespräsident zusammen mit dem UNO-Generalsekretär am 24. Juni an einem Weltkinderfest in Basel teilnimmt, stört das bestimmt niemanden. Wenn er erklären würde, die Schweiz sei zwar nicht Mitglied der UNO, es lägen aber parlamentarische Vor-

stösse und eine Volksinitiative vor, welche einen Beitritt verlangen würden und das Ziel des Bundesrates sei ein gelegentlicher Beitritt, wären dies nüchterne Feststellungen. Die Presse vom 26. Juni zitiert nun aber Bundespräsident Adolf Ogi unter dem Titel «Plädoyer für den UNO-Beitritt der Schweiz» folgendermassen: «Die Schweiz sei zwar noch nicht UNO-Mitglied, doch sie werde es werden. (Applaus) Der Bundesrat werde hart darum kämpfen, das Volk vom Beitritt zu überzeugen.» Ogi fügte noch hinzu: «Wir werden siegen!»

Der Stuhl des Bundespräsidenten ist im Jahr 2000 fehlbesetzt

Der Bundespräsident der Schweiz sollte sich immer daran erinnern, dass die oberste Macht beim Souverän, beim Volk liegt. Er müsste sich auch stets vor Augen halten, dass er als oberster Vertreter des Bundesrates eben Präsident künf-

tiger Befürworter und Gegner eines UNO-Beitritts ist. Er müsste die politische Auseinandersetzung jenen Parlamentariern und Verbandsvertretern überlassen, welche von ihrer Basis her befugt sind, für ein JA oder für ein NEIN einzutreten. Die oben zitierten Äusserungen vis-à-vis des Volkes sind nicht nur arrogant und deplatziert, sie widerspiegeln leider auch eine beim Bundesrat neuerdings verbreitete Mentalität, Vorlagen mit Hilfe ihres umfangreichen Kommunikationsapparates und willfährigen Massenmedien gegen den natürlichen Widerstand des Volkes durchzuboxen. Der Bundesrat hat mit seiner Schwäche in der Aussenpolitik und der Kraftmeierei gegenüber Volk und Ständen dazu beigetragen, dass die Weltöffentlichkeit die einst so freie und unabhängige Schweiz nicht mehr Ernst nimmt – eine eher deprimierende Feststellung eingangs des 3. Jahrtausends.

Das Janusgesicht der SVP

3,7 Mio. Franken Spenden hat er mit seiner AUNS und dem Schwur, sich für unsere Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralität einsetzen zu wollen, dem Volke abgeknüpft, um dann einen UNO-Maulkorb (261bis), eine internationalistische Verfassung und miserable bilaterale Verträge mit ein paar faulen Sprüchen passieren zu lassen oder sogar noch zu unterstützen. Um die SVP hochzutrimmen, wurden lautstarke SD-Parolen übernommen und Volksbegehren gestartet, die von den SD sein könnten. Gleichzeitig wurde aber jede noch so gute und sinnvolle Vorlage oder Initiative der SD boykottiert, bekämpft und sogar verleumdet. Zu gut ist auch das Husarenstück des Herrn Blocher bei den Blauhelmen noch in Erinnerung. Der Zentralpräsident der SD, Rudolf Keller, könnte vom milliardenschweren «Gentleman» Blocher wahrlich ein Liedlein singen.

Nun aber schlägt der Milliardär aus Herrliberg dem Fass den Boden aus und jeder Eidgenosse, der jetzt immer noch nicht erkennen will, muss sich grundsätzlich die Fragen gefallen lassen: Die SVP Zürich mit Blocher sagt klar NEIN zur 18%-Initiative! Dabei bekennt sich diese Partei in Programmen und Publikationen für eine Begrenzung und Stabilisierung der unsinnigen Einwanderung. Blocher selber hat

immer wieder in seinen Werbereden im ganzen Lande Missbräuche, Kriminalität, fallendes Bildungsniveau, Entfremdung und Versagen der Regierenden geißelt und so viele Bürger um sich geschart und damit Wahlerfolge erzielt und neue Parteien aufgebaut. Die SVP aber zeigt nun einmal mehr eine hässliche Fratze, ein Janusgesicht.

Dabei hatte die AUNS auch Hand geboten bei der Unterschriftensammlung und aktiv mitgesammelt. Offenbar schien das dem AUNS-Chef Blocher damals nützlich und sinnvoll zu sein. Philipp Müller, der Initiator, macht aus seiner Enttäuschung keinen Hehl. Blocher aber verkündet in Interviews (TZ 5.7.), er sei voll und ganz für die Energievorlagen. Da bleibt mir nur ein wissendes Kopfschütteln – nicht über den Milliardär Blocher, aber sehr wohl über viele einfältige und faule Schweizer, die einst gehofft hatten, sie könnten den Einsatz für unser Land und unsere Freiheit getrost diesem Kapitalisten überlassen! Es ist bekannt, dass grosse Unternehmen von den Energievorlagen profitieren werden; Die Zeche aber bezahlen Familien, Rentner, sozial Schwache und vor allem der ländliche Raum und die Bergregionen. Blocher denkt also in erster Linie an sich selbst. Was seinem Imperium nützt, ist gut!

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Die Sozial-Patrioten

Anatomie des linken Sozialismus und Synthese der nationalen Solidarität

von Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, a. Nationalrat, Frenkendorf
Bernhard Hess, SD-Zentralsekretär, Nationalrat, Bern
Alexander Nyffenegger, 2. SD-Zentralsekretär, Bern

Inhalt:

Die Sozialdemokratie auf dem Prüfstand

- 1.a) Die marxistische Altlast
- 1.b) auf Kosten der Tradition
- 1.c) Die Diktatur der Intellektuellen

2. Offensive von rechts

- 2.a) Bürgerliches Auffangbecken?
- 2.b) Die Sozial-Patrioten
- 2.c) Sozialpatriotische Innovationen

3. Die nationale Solidarität / Konsequenz der Identifikation

- 3.a) Die Bedeutung der nationalen Identität
- 3.b) Die nationale Solidarität als Antwort auf den multilateralen Sozialismus der EU

Die Sozialdemokratie auf dem Prüfstand

1.a) Die marxistische Altlast

Es wird von zahlreichen linkssozialistischen Volksvertretern häufig die Meinung kundgetan, die Sozialdemokratie habe mit der marxistischen Doktrin der ehemals totalitären Ostblockstaaten nichts gemein. Eine Aussage, die in dieser Form nicht stehenbleiben darf.

Um die ideologische und praxisnahe Verwandtschaft zwischen der sogenannten «real-sozialistischen» Gesellschaft im marxistisch-leninistischen Staatsgebilde und den westeuropäischen Sozialdemokratien nachzuweisen, ist die Lektüre des berühmten «Kommunistischen Manifests» der Revolutionsmentoren Marx und Engels unumgänglich. Dieses im Jahre 1847 verfasste Werk, dessen Symbolcharakter für die Kommunisten einer Art «Heiligen Schrift» gleichkommt, ist in seiner beschaulichen Wirkung sicherlich einzigartig, zumal das Datum seiner Entstehung für gesellschaftlich quasifeudale Verhältnisse spricht und gemessen an der damaligen tristen Situation der Arbeiterschaft vieles aufzudecken vermag, was der sozialen Gerechtigkeit halber falsch war und immer noch ist.

Die Botschaft, die der Philosoph Marx jedoch letztlich vermittelte,

Vorwort:

Im Moment der Entstehung dieser Zeilen befindet sich unser Land in einer halben innenpolitischen Krise. Die seit einigen Jahren wachsenden Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Schweizerischen Volkspartei haben im Frühling des Jahres 2000 einen dramatischen Höhepunkt erreicht, der vorläufig den Abbruch der ordentlichen Bundesratsparteigespräche zur Folge hat. Wie kam es dazu? Gesät wurde die parteipolitische Zwietracht schon unmittelbar nach der Verwerfung des EWR-Vertrages durch das Volk im Jahre 1992, wo die Reise in ideologische Grabenkämpfe ihren Anfang genommen hatte. Selbstverständlich standen sich die politischen Fronten seit der Gründung des Bundesstaates mehr oder weniger skeptisch gegenüber, aber die in den letzten Jahren aufkommende Grundsatze-debatte über die europäische Frage verhärtete sie zusehends und lässt sie darüber hinaus in einen Abgrund fallen, wo das Verhältnis der Schweiz zu Europa und andere

Sachgeschäfte keine Bedeutung mehr finden. Augenblicklich wird die gegenseitige Demontage der historischen Daseinsberechtigung aller entscheidenden Kräfte in der direkten Demokratie bewusst zur Schau gestellt, um letztlich als einzige vermeintlich rationale politische Bastion die absolute Weisheit für sich pachten zu wollen. **Doch wem ist dies von Nutzen?**

Die hauptsächlichen Drahtzieher dieses für sie äusserst gefährlichen Spiels, SPS und SVP, sollten sich im Grunde genommen ihrer sozialen Legitimation und der darauf basierenden Rolle bewusst sein. Trotz der periodischen wankelmütigen Wahlergebnisse stellen jene Parteien bislang unangefochten den grössten Anteil der stimmenden Bevölkerung, was ausschliesslich und endlich als Auftrag des Volkes aufzufassen ist. Die Ereignisse der letzten Monate hingegen bestätigen den Verdacht, dass die Interessenspolitik der niederen Beweggründe den wahren Kern der so genannten politischen Auseinandersetzung zu bilden scheint. Faktisch erbringen die «Kindereien» seitens

der bürgerlichen wie auch der sozialistischen Polemiker lediglich der subjektiven Berichterstattung einen Nutzen; nämlich den Voyeurismus der gelangweilten und mehrheitlich schon lange Meinungsgemachten breiten Volksschicht zu befriedigen. Die Gunst der Stunde nutzen muss in diesem Moment jene Vereinigung innerhalb der politischen Szene, welche auf der Bühne des nationalen Theaters stets den Status eines Kleindarstellers innehatte: **eine unabhängige Partei der Vernunft.**

Diese Schrift versucht darzulegen, weshalb die «68er-vergiftete» Sozialphilosophie der modernen SPS als auch die totale bürgerliche Gesellschaftsvorstellung der SVP dem Souverän nicht wirklich dienlich sind. In einem weiteren Schritt wird die Möglichkeit eines beiderseits «gesäuberten» Konglomerates erörtert, das sich in Form einer kleinen aber idealen und idealistischen politischen Vereinigung offenbart.

Die Autoren im Juli 2000

war – trotz der messerscharfen analytischen Kritik am die Arbeiter ausbeutenden Grossbürgertum – ein rein utopischer Aufruf an die internationale Solidarität der Arbeiter auf der ganzen Welt, die sozialen Verhältnisse geradewegs auf den Kopf stellen und darüber hinaus den Staat in seiner bisherigen Form absterben zu lassen. **Die Konsequenz einer solchen Zielsetzung wäre nichts anderes als blanke Anarchie mit darwinistischen Verhältnissen**, was das Recht auf der Seite des Stärkeren liegt. Utopisch und paradox zugleich ist die kommunistische Gesellschaftsordnung nicht zuletzt aufgrund der zwar tadellosen Bestrebung, soziale Gerechtigkeit schaffen zu wollen, deren Umsetzung jedoch an der Logik der Anarchie scheitert.

Im Falle der osteuropäischen Regime mündete die «real-soziale» Gerechtigkeitsillusion sogar in einem menschenverachtenden Staatsapparat, aus dem eine unvergleichliche politische Klasse hervorging, die als Bruchteil der Gesamtbevölkerung den Löwenanteil am Brutto-sozialprodukt besass, indessen die Arbeitenden lediglich den Übergang in eine andere feudale Gesellschaftsordnung über sich ergehen lassen mussten.

Man kann sicherlich davon ausgehen, dass Karl Marx grundsätzlich eine andere Entwicklung beabsichtigte, als jene, die mit der russischen Revolution 30 Jahre nach

Marx' Tod eingetreten war. Erweisen ist aber auch, dass Marx gegenüber dem Arbeiter als Individuum so gut wie keine Beachtung geschenkt hatte. Dies geht zumindest aus zahlreicher Korrespondenz mit seinem ewigen Gönner und Mitstreiter Friedrich Engels hervor, worin Karl Marx eine deutlich ablehnende Haltung in bezug auf den einfachen Bürger und Arbeiter attestiert werden muss. Seine Äusserungen grenzten bisweilen an Menschenverachtung und waren – entgegen seiner offiziellen Schriften und Werke – geprägt von einer erstaunlichen Überheblichkeit. Diese expliziten Widersprüche sind eindeutige Indizien zur Beweisführung der eingangs erwähnten praxisnahen Verwandtschaft zur «gelebten» Sozialdemokratie. **Wieso?**

Die ideologische Deckungsgleichung zwischen der kommunistischen Lehre und ihrer demokratischen Nachahmer, den Sozialdemokraten, wird spätestens dann offenbar, wenn sich führende Exponenten der Sozialdemokratischen Partei als Marxisten entpuppen oder sich sogar öffentlich zum Marxismus bekennen. Als Beispiel einer Entpuppung sei angeführt, dass der orthodoxe Marxist Franco Cavalli während der Frühlingssession der eidgenössischen Räte des Jahres 2000 zusammen mit anderen populären Gesinnungsgenossen zum Boykott gegen den Besuch des

österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel aufgerufen hatte. In Anbetracht der Funktion Cavallis als SP-Nationalrat und Fraktionschef sind diese extremistischen Tendenzen gleichzusetzen mit der bewussten Forcierung einer gleichgeschalteten Gesellschaftsordnung wie sie nur rechts- oder linkstotalitäre Staaten kennen. Jean Ziegler, der abgedrehte und aufwieglerische ehemalige SP-Nationalrat, verteilt seinen Genossen auf der nationalen Politbühne mehr als gute Noten in Sachen marxistischer Dialektik, vom Generalsekretär bis zur agonischen einstigen Parteipräsidentin. Nun, der Ziegler als profunder Kenner der marx'schen Lehre muss es ja wissen!

Der ideologische Vergleich jedoch ist nicht wirklich das Problem, welches die Sozialdemokratie zweifellos hat, obwohl sie in bezug auf die kommunistischen Irrläufer in ihren Reihen gewiss über die Bücher gehen sollte. Nein, die schwerwiegende Verwandtschaft beruht auf der Praxis der Sozialdemokraten, das Verhältnis zum traditionellen SP-Wähler auf zwei Ebenen zu leben. Die erste Ebene ist mitunter lebensnotwendig, denn sie bildet die wahre Plattform für die anstrengende Übermittlung der angeblichen politischen Glaubwürdigkeit: Radio, Fernsehen, Printmedien und zahlreiche liebe, nette Veranstaltungen, wo der subjektiv

informierte Gutgläubige vielleicht einmal in seinem Leben dem populären Idol im Vorbeigehen die Hand schütteln darf. Diese erste – mediale – Ebene dient denn auch häufig der Schaustellerei von sozialen und anderen Problemen und Interessen, die im Widerspruch zur zweiten Ebene – dem «anderen» Leben hinter der Medienkulisse stehen. So musste man öfters die Erfahrung machen, dass die Phrasendrescherei seitens einiger Sozialdemokraten in bezug auf den angeblichen Stellenwert des einzelnen Arbeitnehmers ausserhalb der publikmachenden Reichweite nicht einen Hauch von Seriosität beinhaltet. Dies können zumindest jene Arbeitnehmer bestätigen, welche aufgrund ihres berufsbedingten Kontaktes zu Mitgliedern der Bundesversammlung die Geringerschätzung der – vorwiegend – sozialdemokratischen Politikaste am eigenen Leib zu spüren bekamen. Untermauert wird diese These der zwei Ebenen darüber hinaus, wenn der kleine geplagte Steuerzahler plötzlich vernehmen muss, dass populäre Sozialdemokraten Jahr für Jahr keinen Rappen Einkommensteuer bezahlen. **Die marxistophile Denkweise der unmoralischen Ostblockregime scheint also in der Tat in zahlreichen Köpfen der Sozialdemokratie nach wie vor fest verankert zu sein.**

1.b) Internationalismus auf Kosten der Tradition

Gestandene Wähler, die während mehreren Jahrzehnten stets die Sozialdemokratie unterstützten, wenden sich seit einiger Zeit schon mehr und mehr vom Kurs der «68er»-Sozialisten ab, welche heutzutage innerhalb der Partei das Szepter halten. Hierbei wird ein grundsätzliches Problem angeschnitten, das nicht nur der älteren SP-Wählergeneration zu schaffen macht, obwohl junge politisch ambitionierte und Interessierte, die sich der Sozialdemokratie nahe fühlen, entweder bereits a priori vom Ungeist des Jahres 1968 umnachtet sind oder vorzeitig erkennen, dass die ureigenste sozialdemokratische Tradition des Kampfes für die Rechte der Arbeitnehmer schon lange über Bord geworfen wurde. Die Sozialdemokraten, die dem Aufstand der Wohlstandsmüden Ende der 60er Jahre entsprangen, sind weit davon entfernt, die Leidenschaft zur Arbeitersolidarität des 1983 verstorbenen SP-Bundesrats Willi Ritschard zu teilen. Kernpunkt des sozialdemokratischen Programmes bildet heutzutage die Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft durch Aufhebung der Nationalität und der geographischen Grenzen zugunsten des bedingungslosen Internationalismus. Patriotische Werte, wie sie eben die alten und stets treuen SP-Sympathisanten immer befürworteten, besitzen in der neuen sozialdemokratischen

Weltanschauung keinen Platz mehr. **Und fürwahr, dieser Patriotismus ist den enttäuschten Fundamentalisten der alten Sozialdemokratie ein besonders wichtiges Anliegen**, da gerade jenes Wählersegment den Beitritt zur Europäischen Union partout vermeiden will; im Gegensatz zur jungen herrschenden Sozialistenclique.

1.c) Die Diktatur der Intellektuellen

Mit dem Fall der alten Sozialdemokratie Ende der 60er Jahre begann der Exodus der Arbeiterschaft aus den politischen Gremien. Bis in unsere Tage hinein verlassen überrumpelte Vertreter der Bau- und Handwerkerbranche geflissentlich jene Partei, von welcher sie sich einst Schutz erhofft hatten, aber im Laufe der Zeit schlichtweg überfordert wurden vom «Neuen Weg». Was war geschehen?

Man kann sich die aktuelle Lage innerhalb der Sozialdemokratischen Partei aufgrund eines exemplarischen Falles vergegenwärtigen, der sich vor nicht allzu langer Zeit in einer Gemeinde bei Bern ereignet hatte. Der Bauangestellte M. aus Köniz war nebenberuflich in einem politischen Amt tätig und versuchte auf diesem Weg, seinen Ehrenkodex der Arbeitersolidarität zu vertreten. Seine politische Arbeit war selbstverständlich häufig mit entsprechenden Versammlungen und Sitzungen verbunden, die er zu Beginn seiner sozialdemokratischen Laufbahn mit Freude besuchte und vor allem als durchaus sinnvoll erachtete.

Nach und nach stellte er jedoch fest, dass sich immer mehr Leute in die Gremien begeben hatten, deren Kommunikation bereits auf einer andern Ebene abließ, als er sich bislang gewohnt war. Der einfache, klare und unmissverständliche Sprachstil wurde allmählich ersetzt durch Phrasen aus dem Lehrbuch und hochtrabende Floskeln.

Ein weiterer Wechsel vollzog sich in der Sachpolitik, die vom Boden der realen Sozialkritik in den Bereich der Philosophie und Ideologie abgeglitten war. Der Einfluss von marxistoiden Souffleuren ersetzte zusehends die rationale Auseinandersetzung um die vom guten Willen getragene Debatte der sozialen Disharmonie. Jede Offensive des gesunden Empfindens stiess bei den neokommunistischen Eindringlingen auf taube Ohren, was zur Folge hatte, dass M. – in seiner Eigenschaft als kleiner «Büezer» – gar nichts anderes übrig blieb, als vor der akademischen Oligarchie zu kapitulieren; er trat von seinen politischen Ämtern zurück.

Der Fall M. ist ein Beispiel, das schon lange Schule gemacht hatte. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), eine klassische Domäne der Sozialdemokratie, veranschaulicht die oben ausgeführte Entwicklung in entspre-

chenden Zahlen: **innerhalb der letzten 30 Jahre verlor der SGB Zehntausende(!) von Mitgliedern. Es ist nicht allzu viel Phantasie erforderlich, um diesen enormen Rückgang zu interpretieren.**

Der seit nunmehr drei Jahrzehnten anhaltende Trend, der die klassische Sozialdemokratie fast restlos wegrationalisiert hat, lässt sich im Jargon der Marxisten mittlerweile als «Diktatur der Intellektuellen» definieren, zumal ein personeller Querschnitt durch die SP-Parlamentsvertreter ein entsprechendes Bild ergibt. Die Sozialisten im Parlament setzen sich zusammen aus Juristen, Journalisten, Sozialarbeitern, Soziologen und weiblichen Exponentinnen, die den Feminismus zur radikalen Gesellschaftslehre emporheben.

Gewiss, die parlamentarische Arbeit setzt bisweilen voraus, dass besondere Kenntnisse in vielen Bereichen vonnöten sind, um den Dienst am Volk effizient verrichten zu können. Die Notwendigkeit des Intellekts darf nicht angezweifelt werden, obwohl der Intellekt nicht den Intellektuellen selbst vorbehalten ist. Es fällt aber schwer nachzuvollziehen, dass hochrangige politische Würdenträger, die darüber hinaus noch einer bestimmten sozialen Schicht entstammen, lediglich aufgrund einer klassischen Laufbahn durch verschiedene Bildungsinstitutionen jene gesellschaftliche Schicht glaubwürdig vertreten können, die etwas besitzt, was die etablierte Schicht nicht kennt: **Erfahrung am eigenen Leib!** Die mangelnde Erfahrung der wohlstandsmüden ehemaligen 68er-Revolverer dürfte denn auch der Grund sein, warum die alte Sozialdemokratie gestorben und der Internationalismus an ihre Stelle getreten ist.

2. Offensive von rechts

2.a) Bürgerliches Auffangbecken?

Das Versagen der offiziellen Sozialdemokratie in sozialen Arbeiter- und Angestelltensachfragen lässt nur die Alternative eines Eingreifens der politischen Rechten zu. Viele Menschen konnten dies nachvollziehen und präsentierten den Sozialdemokraten vergangenen Oktober bei den Nationalratswahlen die Quittung. Die Sache hatte nur einen Haken: In der allgemeinen Verunsicherung und aufgrund einer millionenteuren exzellenten Werbestrategie rannten die Wähler haufenweise zu der bürgerlichen Schweizerischen Volkspartei (SVP), welche die Schwäche der Sozialdemokraten ebenfalls frühzeitig erkannt hatte und unter der Regie des Zürcher Finanzhais Christoph Blocher einen fruchtbaren Kreuzzug startete. Seit der Agonie der Sozialdemokraten lanciert die SVP einen Angriff nach dem andern auf ganz ausgesuchte Herzstücke der Sozialisten mit dem

Ziel, die traditionellen Identifikationsmerkmale sozialdemokratischer Politik, wie beispielsweise die AHV, für sich nutzen zu können.

Soviel Respekt man dem Erfolgsrezept der SVP auch zubilligen muss, so ausgeprägt sollte jedoch das Misstrauen gegenüber der totalen Bürgertumspolitik der schweizerischen Haudegen vom Zürichsee sein. Allein, dass die SVP ursprünglich aus der Taufe gehoben wurde, um den Bauern- und Mittelstand zu vertreten und nun, einige Jahrzehnte danach, von ein paar Grosskapitalisten angeführt wird, ruft zwiespältige Gefühle hervor.

Ein wichtiges Indiz aber, welches die (vorsichtige) Antipathie gegen die SVP untermauert, ist die in der letzten Zeit aufgekommene Hysterie gegenüber allem, was in den Augen der SVP-Ideologen «sozialistisch» ist. Der gleiche Herr Blocher, der anti-sozialistisch hetzt, scheut sich aber nicht, mit seinem Konzern fette Gewinne aus dem China-Geschäft einzufahren. Wenn es ums Geldverdienen geht, macht er auch mit den Kommunisten/Sozialisten Geschäfte. Die inszenierte Panik nimmt derweilen schon groteske Züge an, und man spekuliert über die wildesten Strategiepläne der Bürgerlichen. Obwohl die eine oder andere Erklärung in bezug auf die antisozialistischen SVP-Hetzkampagnen interessante Aspekte beinhaltet, muss man klarstellen, dass sozialdemokratische Politik in ihrem Ursprung nichts zu tun hat mit dem Bild, das die SVP von ihr verklärermassen widergibt. Die totale bürgerliche Gesellschaft, wie sie der SVP vorschwebt, klinkt in ihrer Imagination jene Menschen aus, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Genau diese Menschen verdienen jedoch die bestmögliche Unterstützung, nachdem sie von ihrer politischen Vertretung schmählich im Stich gelassen wurden. Es ist zweifelhaft, ob gerade die Bürgerlichen diese Aufgabe übernehmen können. Ihr soziologisches Denken ist zu sehr vom Fusionskapitalismus geprägt.

Es spricht nämlich für sich, dass die SVP in den Parlamentsberatungen grossmehrheitlich den Bilateralen Verträgen mit der EU zugestimmt hat. Erstens wittern die international organisierten SVP-Grossunternehmer ein Riesengeschäft für sich selbst und zweitens kommt ihnen die Tatsache entgegen, dass mit diesen Bilateralen Verträgen der Vorrang der Einheimischen vor allem am Arbeitsplatz abgeschafft wird. Das hat zur Folge, dass sie mit billigeren ausländischen Arbeitskräften produzieren können und ihr Gewinn noch grösser wird. Dies geht voll auf Kosten aller einheimischen Angestellten, des Mittelstandes und des kleineren Gewerbes, das wegen der Liberalisierung des Beschaffungswesens noch zusätzlich unter Druck kommt. Dass der SVP-Patriotismus nur dann zum Zuge kommt, wenn es den Grossunternehmern nutzt, wurde auch

sehr schön vordemonstriert, als es im Parlament darum ging, den 1. August als bezahlten Nationalfeiertag einzuführen, wie es in allen Ländern der Welt völlig normal ist. Die geschlossene SVP stimmte gegen die Lohnzahlungspflicht am 1. August mit der Begründung, dass die Wirtschaft dies ökonomisch nicht verkraften könne. Der SVP-Patriotismus hat also beim Portemonnaie der Grossen seine Grenzen! Es kommt deshalb auch nicht von ungefähr, dass die SVP als «Diskussionsgrundlage zur Rettung der AHV» auch unsoziale Rentenkürzungen oder die Anhebung des AHV-Rentenalters in die Diskussion werfen. Sozialabbau und Desolidarisierung sind ein wesentliches Merkmal dieser auf mehr Egoismus zielenden SVP-Politik. Damit stossen die SVP sehr viele ihrer Wählerinnen und Wähler vor den Kopf. Dann sei auch auf einen Nationalrats-Vorstoss der SVP hingewiesen (diskutiert im März 2000), der anstrebte, die Pflichtleistungen in der Krankenkassen abzubauen. Diese Forderung hätte wiederum die Leute mit kleinerem Einkommen bis in den Mittelstand hinein hart getroffen.

Dass die SVP auch eine starke internationalistische Ausrichtung hat, zeigt die Tatsache, dass sie – zusammen mit den Sozialdemokraten – für die neue internationalistische Bundesverfassung (mit dem Vorrang des Völkerrechts vor unserm Landesrecht) und für das antischweizerische so genannte «Anti-Rassismus-Gesetz» gestimmt haben.

2.b) Die Sozial-Patrioten

Viele Leser werden sich in diesem Augenblick vielleicht die Frage stellen, was die politische Vernunft in Form der so genannten «Sozial-Patrioten» (dazu mehr in Abschnitt 2.c) mit der aktuellen Sozialdemokratie verbindet. Dazu gibt es vorerst zweierlei festzuhalten: 1. Die aktuelle Sozialdemokratie hat – wie im 1. Kapitel ausführlich dargelegt – so gut wie nichts mit der sozialpolitischen Programmatik der Sozial-Patrioten gemein; 2. Die erwähnten Sozial-Patrioten, die hier zum Tragen kommen sollen, werden verkörpert von jener Gruppe, welche schon immer nach dem idealen Konglomerat zwischen sozialer Gerechtigkeit, gesunder Marktwirtschaft und nationalen Werten strebte: Die **Schweizer Demokraten (SD)**, vormalis «Nationale Aktion für Volk und Heimat»!

Was zeichnet die Schweizer Demokraten aus in bezug auf ihre Sensibilität für soziale Anliegen?

Die oberste, bedingungslose Maxime der SD beruht auf der Wahrung der Unabhängigkeit des Landes gegen aussen, was vor allem dadurch manifestiert wird, dass keine Abkommen mit dem Ausland getroffen werden dürfen, die die

Autarkie und soziale Sicherheit der Schweiz leichtfertig auf's Spiel setzen. Aufgrund der Entwicklung, die sowohl von der Landesregierung als auch von den etablierten Parteien in Gang gesetzt wurde, sehen sich die Schweizer Demokraten in ihrer Mission bestätigt, das soziale Wohlbefinden der unterprivilegierten Menschen in diesem Lande konsequent zu vertreten und alles zu verhindern, was dem gesellschaftlichen Abstieg der Arbeitnehmer Vorschub leistet, ohne dabei den Schlendrian zu begünstigen.

Basierend auf der omnipräsenten Ausländer- und Asylfrage, die von der politischen Klasse aufgrund der unbequemen kritischen Auseinandersetzung immer wieder gerne auf die lange Bank geschoben wird, haben die Schweizer Demokraten eine traditionelle Verpflichtung, auf die Gefahren der verantwortungslosen Migrationspolitik hinzuweisen, die konsequenterweise die soziale Harmonie im Land erheblich beeinträchtigen. Hierbei ist insbesondere auf die massiven Verfehlungen in der Asylpolitik Bezug zu nehmen (dazu mehr in Abschnitt 2.c).

Die Schweizer Demokraten sind bezüglich ihrer politischen Programmatik in allen Bereichen ausnahmslos sozial sensibilisiert. Dafür spricht die Fülle der entscheidenden Punkte, die eine vernünftige Gesellschaftsordnung nach Ermessen der SD ausmachen. Die SD bilden folglich schon jetzt ein Sammelbecken für verschiedenste Interessen von verschiedensten Leuten. So verwundert es denn auch nicht weiter, dass sich innerhalb der SD Menschen zusammenfinden, die vorher in zentralen politischen Fragen kaum jemals einer Meinung hätten sein können. Die SD bieten diesen Menschen aber die Möglichkeit, einen Dialog mit positiven Resultaten zu führen. Es gibt kaum eine andere politische Gruppe, die sowohl Nationalkonservative und Sozialpatrioten, als auch Tierschützer und eher ökologisch Orientierte in sich vereinigt. **Dies ist nur möglich, wenn die soziale Komponente aller dieser diversen «Schweizer Demokraten» quasi themenübergreifend ist und letztlich der Allgemeinheit von Nutzen sein kann.**

2.c) Sozialpatriotische Innovationen

Der soziale Patriotismus ist der Aufklärungshalber nichts anderes als die soziale Interpretation der politischen Vernunft-Konservativen, eben der Schweizer Demokraten.

Wie schon im vorigen Absatz etwas umschrieben, wollen die Sozial-Patrioten die Anliegen jener Menschen vertreten, die von der aktuellen Sozialdemokratie im Stich gelassen wurden. Die Schweizer Demokraten richten sich zur Erlangung dieses Ziels nach der

Logik der einheimischen Protektion, d.h., nach dem natürlichen Vorrecht des Schweizer Bürgers und der Schweizer Bürgerin auf Arbeit, Wohnraum, m.a.W. Lebensqualität. Damit soll primär die ökonomische Attraktivität unseres Landes für interessierte Neumigranten gesenkt werden. Zusätzlich soll sich der in der Schweiz wohnhafte Ausländer der Einbürgerungspraxis unterziehen, um das bedingungslose Recht auf Arbeit zu erhalten; erst den Pass, dann die Rechte und Verpflichtungen. In der Frage der Asylpolitik verfolgen die Schweizer Demokraten seit jeher eine restriktive Linie, die zum einen die Bestimmungen für das Recht auf Asyl insofern verschärfen soll, als nachweisbare Wirtschaftsflichtlinge oder solche, die sich in ihrem Heimatland eines Verbrechens schuldig gemacht haben, umgehend zurückgeführt werden müssen. Zum andern sind Asylbewerber, die sich in der Schweiz strafbar gemacht haben, ebenfalls unverzüglich auszuschaffen.

Zur Einbürgerungspraxis sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Die in der Schweiz kürzlich entfachte Diskussion bezüglich eines Falles, wo sämtliche Einbürgerungsgesuche von Osteuropäern abgelehnt wurden (aufgrund eines Volksentscheides), birgt zwei zentrale Punkte in sich, die sich schwer vereinen lassen. Der erste Punkt betrifft die Volksrechte, die in einer direkten Demokratie selbstverständlich ohne Wenn und Aber respektiert werden müssen. Andernfalls verliert der Begriff der obersten Entscheidung des Souveräns seine Gültigkeit und könnte folglich je nach Ermessen angewendet werden.

Die Kehrseite oder der zweite Punkt ist moralischer Art und manchmal eine Frage der Relation. Es stellt sich hier die Frage, ob die in der Schweiz geborenen Kinder ausländischer Staatsangehöriger vielleicht – nach bestimmten Kriterien – einen Bonus zur definitiven Entscheidung erhalten sollten. Man könnte über verschiedene Grundsätze diskutieren, welche die Beurteilung durch den Stimmbürger entsprechend untermauern würden. Mögliche Grundsätze zu einer objektiven Profilerstellung wären beispielsweise, eine Alterslimite von 25 Jahren, bis wohin eine Einbürgerung überhaupt erfolgen könnte. Dann sollte der Auszug aus dem Strafregister keine schwerwiegenden Einträge aufweisen und die Vertrautheit mit der jeweiligen Landessprache müsste ohnehin gegeben sein. Eine weitere Voraussetzung wäre die solide Grundlage der persönlichen Zukunft, um Anteil an der sozialen Sicherheit und Wohlfahrt zu erwerben. Die Erfüllung all der genannten Aspekte könnte den Volksentscheid zugunsten des Kandidaten oder der Kandidatin beeinflussen; unabhängig vom Familiennamen der Kandidaten (Die ethnischen

Fragen werden im 3. Kapitel erörtert). Die definitive Entscheidung muss jedoch durch das Volk erfolgen.

Zurück zu den sozialpatriotischen Innovationen. Gemäss der Logik des einheimischen Schutzes muss nicht zuletzt auch jene Instanz einer Revision unterzogen werden, welche sich einst formiert hatte, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, der Gewerkschaftsbund. Wie bereits erwähnt, beträgt der Verlust an Mitgliedern des bisherigen SGB Zehntausende, was wohl auf die latente Inkonsequenz in Grundsatzfragen auf Führungsebene zurückzuführen ist. Eine ausserordentlich wichtige Grundsatzfrage ist auch hier einmal mehr der Ruf nach Glaubwürdigkeit als Voraussetzung zu seriöser Arbeit. Als Domäne der sozialistischen Gleichmacher besitzt der Gewerkschaftsbund infolge der schleichenden Infiltration von 68er-Ideologen einige Exponenten, die das Los der Arbeitenden wiederum aufgrund ihrer Herkunft nur mässig teilen können. Es muss jedoch differenziert werden zwischen der Vertretung einzelner Gewerkschafter und jener Clique, die dem Gewerkschaftsbund vorsteht, wobei sicherlich nicht die Spitze in corpore gewisse Defizite aufzuweisen hat. Tatsache ist aber, dass die internationalistische Weltanschauung längst schon die Oberhand gewonnen hat, **zumal selbst der Gewerkschaftsbund die unheimlichen Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union gutheisst, obwohl sogar die Unterstützung des Referendums zeitweise im Raum stand.**

Angesichts dieser fatalen Entwicklung muss die Bildung einer nationalen Gewerkschaft für die einheimische Arbeitenden bis in den Mittelstand hinein inskünftig mehr Bedeutung erfahren. Es ist an der Zeit, dass die Schweizer Demokraten eventuell eine öffentliche Diskussion lostreten, um die Anregungen und Wünsche der vom SGB enttäuschten Arbeitnehmer entgegenzunehmen und eine neue Konzeption zur Sicherung der Stellung der Angestellten und des Mittelstandes zu erarbeiten.

Ein erster wichtiger Schritt zur Realisierung des sozialpatriotischen Pfeilers findet sich in Form der Vereinigung Schweizerischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, um ein voten- und referendumsfähiges Gegengewicht zum bisherigen Machtapparat herzustellen. Die Konsolidierung dieser neuen Kraft sollte durch die politische Arbeit der Sozial-Patrioten erfolgen, die aufgrund der konstruktiven Notwendigkeit den Vorstand der Vereinigung innehaben müsste.

Die oberste Zielsetzung dieser möglichen **«Nationalen Gewerkschaft»** besteht darin, den einheimischen Binnenmarkt zu fördern und gleichzeitig der existenzvernichtenden Globalisierung kon-

sequent entgegenzutreten. Der Kampf gegen die wilde Fusionierung und Konzernbildung, unter deren Auswirkungen der Einzelhandel schwer zu leiden hat, ist ebenso Pflichtsache wie die Eindämmung des fatalen «Shareholder value». Diese exzessive Form der Gewinnmaximierung ist für die Gesundung der sozialen Marktwirtschaft, wie auch für die direkte Demokratie äusserst gefährlich, vor allem dann, wenn Grossaktionäre ihre Raubtierkapitalismus-Mentalität in die Politik tragen. Würde eine solche Situation, die im übrigen schon seit längerer Zeit im Entstehen begriffen ist, eskalieren, wäre die Unabhängigkeit demokratischer Oppositioneller in Kürze tot. Opposition ist ein lebensnotwendiges Organ im demokratischen Körper.

3. Die nationale Solidarität / Konsequenz der Identifikation

3.a) Die Bedeutung der nationalen Identität

Dieses Kapitel ist ohne Frage nicht leichtfertig zu behandeln, zumal so genannte «ethnische» Angelegenheiten mit allerhöchster Sensibilität anzugehen sind. Deshalb sei schon eingangs vermerkt, dass die folgenden Abschnitte in keiner Weise aufgrund irgendwelcher abstruser rassistischer Motive verfasst wurden oder sonstwie mit völkischen Anschauungen in Verbindung gebracht werden dürfen. **Die Schweizer Demokraten distanzieren sich von jeglicher Ideologie, die die Diskriminierung anderer ethnischer Volksgruppen zum Ziel hat.** Die vorliegenden Zeilen sollen einerseits den Nutzen des gesunden Nationalitätsempfindens für die soziale Struktur der Gesellschaft nachweisen und andererseits auf Schwierigkeiten aufmerksam machen, die der kulturelle und ethnische Aufprall zwischen den unterschiedlichsten Völkern mit sich bringen könnte.

Um die Nutzbarmachung des national-identischen Bewusstseins nachweisen zu können, muss zuerst abgeklärt werden, was genau unter einem «gesunden Nationalitätsempfinden» zu verstehen ist. Dazu ist es notwendig, wiederum von zwei zentralen Punkten auszugehen. Erstens erfordert die Schaffung von Transparenz die absolute Akzeptanz der eigenen Nationalität, und zwar inklusive positiver wie negativer Nebenerscheinungen. Dies ist insofern unumgänglich als die Gefahr einer allfälligen «falschen» Romantisierung der eigenen Volkszugehörigkeit a priori eliminiert werden kann. Ist das Gegenteil der Fall, kann die Mythologisierung geradezu religiöse Züge annehmen und – im schlimmsten Fall – in einen Fundamentalismus ausarten, der nach historischer

Betrachtung ganz schlimme Folgen haben könnte.

Konkret bedeutet die Akzeptanz der eigenen Nationalität sowohl **Verteidigung der traditionellen Werte als auch Fähigkeit zur Selbstkritik**, ohne aber auf etwaige Vorwürfe von aussen einzugehen. Ratschläge, geschweige denn Instruktionen von Unbeteiligten sind in der unabhängigen Staatsvorstellung des gesunden Patrioten völlig fehl am Platz. Der unmittelbar Betroffene weiss die Verantwortung selbst zu tragen.

Zweitens beruht vernünftiger Nationalismus auf weitgehender Abgrenzung zu jenen Gesellschaftsstrukturen, welche sich mit den traditionellen volkseigenen Werten mehr schlecht als recht vertragen. Es ist seit Jahrtausenden erwiesen, dass eine Ko-Existenz zwischen zwei oder mehreren Volksgruppen mit jeweils völlig verschiedenen Auffassungen von sozialer Gliederung – ganz zu schweigen von geistlichen Ritualen und klerikalem Einfluss auf Staat und Gesellschaft – zu Spannungen, wenn nicht sogar zu Krieg führen kann. Deshalb ist vor allem bei Einbürgerungen von Ausländern, die einem aussereuropäischen Kulturkreis angehören, besondere Wachsamkeit geboten.

Die Bewusstseinsbildung der nationalen Identität erfährt besondere Bedeutung und letztlich dringende Notwendigkeit, wenn der Staat mit schicksalsträchtigen Entscheidungen konfrontiert wird. Wie wir sehen, ist die Schweiz seit geraumer Zeit in einem Spannungsverhältnis, das sich in verschiedenen Bereichen bemerkbar macht. Jedoch darf trotz der Erkenntnis der etwas schwierigen innenpolitischen Lage keinesfalls die Illusion gestreut werden, dass unser Land aufgrund exterritorialer Entwicklungen einen Bruch mit seinen fundamentalsten Errungenschaften ausüben sollte, um einer angeblichen Isolation innerhalb der so genannten europäischen «Wertegemeinschaft» nicht zusätzlich Vorschub zu leisten. **Gerade in der Frage der schweizerischen Aussenpolitik muss der gesunde Patriotismus ein gestärktes Bollwerk gegen die europäische Gleichschaltungsstrategie der sozialistischen und bürgerlichen Freiheitsräuber bilden.**

3.b) Die nationale Solidarität als Antwort auf den multilateralen Sozialismus der EU

Wodurch entpuppten sich die europäisch-unionistischen Egalitäts- und Freiheitsgesänge der Brüsseler Technokraten als ungeheuerliche Lügen?

Die Antwort ist so simpel wie aufschlussreich: Boykottmassnahmen gegen eine demokratisch gewählte Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung.

Die Vorgehensweise der europäischen Staatengemeinschaft zeigt

im Falle der Sanktionsbeschlüsse gegen Österreich, wie extrem der Gesinnungstotalitarismus in Europa bereits fortgeschritten ist. Als Kritiker der offenkundigen Homogenisierung, die von den zentralen Kräften in Brüssel seit einiger Zeit angestrebt wird, wurde man selbstverständlich schon früh auf die versteckte Diktatur der «grössten Drei» (Deutschland, Frankreich, England) aufmerksam; dass jedoch ein Mitgliedstaat aufgrund eines innenpolitischen Machtwechsels, dem die demokratische Wahl durch das Volk vorausging, schlichtweg der Ächtung ausgesetzt wird, ist nicht nur eine Missachtung demokratischer Prinzipien, sondern geradezu ein Ausdruck von Gewaltherrschaft.

Es war schon relativ früh absehbar, welche gefährliche Entwicklung Europa unter dem Diktat der «Komintern» zu Brüssel nehmen würde. Die Bildung von Regierungen sozialistischer Prägung in den wichtigsten EU-Staaten stand synonym für die Konzentration, bzw. Homogenisierung einer politischen Klasse in den Schaltstellen der Europäischen Union mit dem Zweck, mittelfristig die totale Kontrolle über den Kontinent ausüben zu können (Obwohl sich hier die berechnete Frage stellt, ob über dem sozialistischen Apparat nicht noch eine andere, weitaus grössere Macht steht, die sich der Lenkung der roten Paladine und sogar der Bürgerlichen in ganz Europa bevollmächtigt hat!).

Wie suspekt jedoch die Konstellation des EU-Gremiums wirklich ist, wurde belegt durch die Aufdeckung der Korruptionsfälle innerhalb der Europäischen Kommission, die als Folge den Kollektivrücktritt erklären musste. **Dieser Skandal ist nichts anderes als ein Beweis für die abgrundtiefe Ver-**

achtung der EUnionisten gegenüber Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zugunsten von Pragmatismus und Autokratie.

Die ungeheuerlichen Boykottmassnahmen gegen die österreichische Regierung haben gezeigt, dass die Europäische Union niemals eine der eigenen Ideologievorstellung widersprechende andere Staatsführung dulden wird; demokratische Volkswahl hin oder her. Deutlicher sind «Zweifel» auf diplomatischer Ebene wirklich nicht zum Ausdruck zu bringen. Der nächste Schritt nach Auferlegung von Sanktionen ist der Einsatz von Waffen, was nach erfolgter Kenntnisnahme der Verhaltensweise von fast allen europäischen Staatschefs inskünftig nicht mehr auszuschliessen ist.

Es gibt nur eine Antwort auf die Offensive der Brüsseler Diktatur: Transparenz der nationalen Solidarität, d.h., **Protest auf allen Ebenen gegen die multilaterale Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten.** Gerade die Schweizer Demokraten haben hier eine weitere besondere Verpflichtung, die Bürger und Bürgerinnen auf den Kampf gegen die Vereinnahmung durch einen totalitären Staatenbund aufmerksam zu machen. Die drohende Zerreihsprobe innerhalb der schon morschen «Architektur der Intoleranz» lädt die Vertreter und Hüter der totalen Unabhängigkeit und des gesunden Patriotismus ein, die autokratische, militante, korrupte, freiheitsraubende, narzistische und neomarxistische Europäische Union langfristig zu Fall zu bringen.

ES LEBE DIE SCHWEIZ

ES LEBE DIE DEMOKRATIE

Unterstützen auch Sie die Schweizer Demokraten SD

Schweizer  Demokraten

Sprachenschutz: Warschau macht es vor

Warschau hat ein «Gesetz über die polnische Sprache» erlassen. Danach ist jetzt vorgeschrieben, dass die Landessprache in allen Verträgen verwendet werden muss, bei denen zumindest ein Vertragspartner polnisches Rechtssubjekt ist und die Erfüllung der Verträge auf polnischem Territorium stattfinden soll. Die Regelung gilt nicht nur für die Beziehungen zwischen Exporteuren z.B. aus EU-Ländern und ihren Abnehmern in Polen, sondern auch zwischen ausländischen Konzernen und ihren polnischen

Tochtergesellschaften. Sowohl die Vertragstexte als auch alle Anhänge müssen in Polnisch abgefasst sein. Selbst beglaubigte Übersetzungen sind kein gleichwertiger Ersatz.

Die im neuen Gesetz vorgeschriebene Pflicht, die polnische Sprache zu benutzen, gilt schliesslich auch für die Charakterisierung von Waren, die Beschreibung von Dienstleistungen, die Formulierung von Rechnungen und die Gestaltung von Werbemitteln.

Dieter Beyelen, Bern

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Erfahrungen Österreichs mit der EU

Seit fünf Jahren EU-Mitgliedschaft erlebt Österreich die nicht gehaltenen Versprechungen und Täuschungen seitens seiner SP-Regierung. Statt Gewinn muss das österreichische Volk grosse Verluste hinnehmen. Eine Mehrheit der Österreicher möchte deshalb wieder aus der EU austreten. Gründe: 1. Die Neutralität und der Schilling sind nicht gesichert; 2. Kampfeinsätze im Ausland werden gefordert; 3. das Handelsbilanzdefizit ist von 84 auf 105 Milliarden Schilling gestiegen; 4. das Agrarhandelsbilanzdefizit ist um 41 Prozent gestiegen; 5. die landwirtschaftlichen Einkommen sind um 18 Prozent gesunken; 6. Zahlungen an die EU betragen jährlich über 30 Milliarden Schilling, umgerechnet etwa 3,5 Milliarden Schweizer Franken; 7. Staatseigentum = Volksvermögen wird an Privatkon-

zerne verschleudert (wie zurzeit auch in der Schweiz); 8. die EU-Boykott-Massnahmen gegen Österreich verstossen gegen die eigenen EU-Gesetze und zeigen das diktatorische Willkürsystem der EU. Es wären noch weitere Gründe anzuführen.

In der Schweiz passt der Bundesrat Gesetz um Gesetz der EU an, ohne Auftrag und Bewilligung des Volkes. Bundes-Bern sorgt dafür, dass unsere Gesetze und Verordnungen EU-kompatibel sind. Ohne EU geht es der Schweiz aber viel besser, so dass wir überall in der Welt, wo Not am Mann ist, vielseitige humanitäre Hilfe leisten können und dies auch tun. Wenn wir nicht dasselbe Schicksal wie Österreich erleiden wollen, müssen wir die zentralistische EU meiden.

Martha Küpfer, Biberist

Bundesrätlicher Putsch vereitelt

Anlässlich ihres Schweizeraufenthaltes sagte kürzlich in einem Bekanntenkreis ein englisches Ehepaar: «Hätten wir die direkte Demokratie, wie es die Schweizer haben, würden 75 Prozent der Briten die Europäische Union (EU) verlassen. Wenn auch nicht in dieser Proportion, gilt diese spontan geäußerte Auffassung ebenfalls für Länder wie Frankreich und Italien, von Österreich gar nicht zu reden. Für viele «Untertanen» der autokratischen und korrupten Brüsseler Kommissare sind 10 Jahre EU-Mitgliedschaft genug. Anders als in der Vision eines christlichen Europas, wie die grossen Europäer Adenauer, De Gasperi und Schumann es sahen, entwickle sich heute dieses Gebilde,

EU genannt, zu einem Leviathan, zu einem totalitären Staat, «zu einer Union sozialistischer Republiken», wie der bekannte Dissident der ehemaligen UdSSR, Wladimir Bukovski, es kurz formuliert. Durch die Weisheit und durch die klugen Entscheide ihrer gesetzten Mitglieder, genoss der Senat des antiken Roms ein hohes Ansehen. Ein solches Prädikat hat am 15. Juni 2000 unser «Senat», der Rat der Stände, verdient. Durch die Ablehnung sowohl der Initiative «Ja zu Europa» als auch des CVP-Gegenvorschlages hat die so genannte Kleine Kammer verhindert, dass auf absolut undemokratischem Wege der Bundesrat sein strategisches Ziel, den EU-Beitritt, ungehindert anvisieren kann. Beim

Art. 4 des erwähnten Gegenvorschlages hiess es in der Tat: «Dieser Bundesbeschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum» (siehe ZT vom 15. Juni.). Also ist es dem Volk entzogen und es müsste wieder ein Referendum ergriffen werden. Mit der eindeutigen Ab-

lenkung eines nicht referendumsfähigen Bundesbeschlusses haben die «eidgenössischen Senatoren» die direkte Demokratie, Garantin fundamentaler Volksrechte, verteidigt und den bundesrätlichen Putsch vereitelt.

Claude Schlatter, Zofingen

Politkorrekt gestrichen

Stark stieg die Kriminalität der Jugend in Berichten steht nun allerdings nicht mehr zu lesen, wie stark der Anteil wohl gewesen an fremdländischen Jugendlichen. Dies ward politkorrekt gestrichen. Denn Wahrheit hat ja heut nicht selten bereits als Fremdenhass zu gelten.

Wolf Martin



Zwei Tier-Initiativen

soh. Mit einem neuen Verfassungsartikel 79a wollen zwei Volksinitiativen die rechtliche Stellung der Tiere verbessern. Die Initiative «für eine bessere Rechtsstellung der Tiere» wurde vom Schweizer Tierschutz, der Gesellschaft Schweizer Tierärzte, der Kynologischen Gesellschaft und der Stiftung für das Tier im Recht lanciert. Ihr Text «Tiere sind keine Sachen, sondern empfindungsfähige Lebewesen.» Der Bund bestimmt ihre rechtliche Stellung, insbesondere im Zivil-, Straf- und Verwaltungsrecht.» Diese Initiative ist bereits zustande gekommen.

Der Text zur Initiative «Tiere sind keine Sachen» von Tierschützer Franz Weber lautet: «Tiere sind Lebewesen, deren Würde, Empfindungen und Schmerzfähigkeit der Mensch Rechnung tragen muss. Der Bundesgesetzgeber bestimmt die besonderen, den Tieren zukommenden Rechte und setzt zu deren Vertretung geeignete Anwälte ein. Die SD unterstützen beide Tier-Initiativen.

«Globalisierung» und Umwelt

Das Wort «Globalisierung» hat nach der uns eingedrillten Meinung einen rein positiven Inhalt, ist mit der Vorstellung von Wachstum, Wohlstand, sinkenden Preisen und günstigen Flugreisen zu verbinden. Wer sich die Mühe nimmt, auch die Kehrseite zu betrachten, nimmt die Globalisierung als offenbar unaufhaltsamen Vorgang in Kauf. Für den jedoch, der sich der Globalisierung entgegenstemmen wagen sollte, stehen allerlei abwertende bis kriminalisierende Ausdrücke auf Lager, die von provinziell über populistisch bis rassistisch reichen. Auf diese Art braucht man Warnungen vor drohender Zerstörung kleinräumiger Strukturen, vor Beeinträchtigung der Umwelt und vor durch lange Transportwege steigendem Verbrauch von Ressourcen überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Global betrachtet hat unser ganzes Land als Heimat ansässiger Bevölkerung keinen Sinn, sondern findet seine Zweckbestimmung allein als Verkehrskanal zwischen Nord- und Südeuropa. Diese Konsequenz zieht das Landverkehrsabkommen, einer der sieben sogenannten bilateralen Verträge.

Regionaler Lebensraum oder kontinentaler Kanal für unbegrenzt wachsenden Verkehr (Schlacht-schweintransport ausdrücklich sogar am Sonntag zulässig erklärt)? Vor allem eine ethische Frage. Deshalb wäre es durchaus am Platze gewesen, wenn sich der Verein GE+KIWO im Vorfeld der Abstimmung vom 21. Mai mit dem Thema auseinandergesetzt hätte, statt es allein Politikern und Wirtschaftsleuten zu überlassen.

Dr. iur. Robert Munz, Rechtsanwält, Winterthur, in GE+KIWO



Qui nous tourne en bourrique?

L'U.E. (Usurpation Esotérique, nouvelle secte en augmentation) perd la boule et le sens commun. Mais demande-t-on aux sectes d'être logiques ou raisonnables? Non, leurs statuts se basent d'abord sur des théories financières incontrôlables doublées d'un lavage de cerveau bien rodé qui a fait ses preuves. Par exemple le remplacement du sens commun par d'étranges utopies virtuelles que les membres acceptent comme une réalité. Bref, ces adeptes deviennent des pantins corvéables à merci. En voici la preuve.

Dans une secte les éléments réticents sont sanctionnés selon la gravité de leurs refus d'obéir, par diverses privations et par un ostracisme généralisé. Ainsi l'Autriche se voit dans l'obligation de changer les membres de son gouvernement démocratiquement élu et sera boycottée jusqu'au changement exigé. Membre récalcitrant, l'Autriche et le parti SPÖ de Haider considèrent la possibilité de sortir de ce panier de crabes arrogants, mais comme dans une secte, ils ne le pourront pas car ses citoyens risquent d'être liquidés comme les adeptes de l'OTS à Salvan et autres exécutions

sectaires de par le monde.

L'Autriche ne se différencie pourtant pas de l'Espagne qui a eu longtemps la CEDADE, la France avec le Pen et le Front National, la Belgique avec le Vlams Blok ou l'Italie avec Pimo Rauti et son MFI. Quant à l'Allemagne, elle a son NPd, et le futur membre polonais ne cache pas Solidarnosc. Moins ou prou, tous ces pays n'ont pas officiellement des leaders extrémistes et nationalistes au gouvernement, mais leurs sympathisants se trouvent dans les rangs de leurs commissions. L'Autriche ne fait pas exception à la règle.

La Suisse, plus soupçonneuse, regarde et attend. C'est elle qui a dû faire face à l'holocauste de l'OTS en Europe. Mais elle a aussi une UDC, une Lega, les Démocrates Suisses et le parti de la Liberté; ainsi qu'un Blocher, tribun aussi respecté et aimé qu'un Haider, un Le Pen ou un Rauti par ses partisans et autant haï par les mondialistes.

Donc il est urgent de savoir quel est le brouet concocté par l'Usurpateur Esotérique? Le mondialisme bien sûr. Les bilatérales en Suisse

ont eu le mérite d'étaler au grand jour quelques mensonges et surtout les turpitudes planifiées par des socialistes qui n'en ont plus que le nom. Car ne nous y trompons pas. Les Koch, Brunner, Dreifuss, Deiss, et même le beau Janus Adolf OGI, sont ceux et celles qui présentent le plus d'arguments en faveur de la secte européenne. L'Internationale socialiste n'a jamais caché ses idées apatrides, multiculturelles et égalitaires qui sont celles prônées et appliquées par l'UE. Ce qui est grave, c'est la contamination qui s'intensifie parmi les autres tendances. Plus personne ne sait vraiment qui est qui, où l'on va, qui nous fagocite effectivement et quel goût aura ce brouet utilisant dans ses discours tare, pour barre ou vessies pour lanternes. Ce mondialisme se pare des apparences socialistes sans le social, tout en agitant les oripeaux du mieux être pour tous les working poors et les SDF entretenus par une charité protectrice. Ses capitaux sont cachés dans les bourses, pactole occulte alimenté pas les économies réalisées sur le dos des peuples «profitant» du libéralisme. Qu'est-ce donc que cette salade? Les gouvernements composés de

citoyens comme vous et moi, ne comprennent-ils pas que cette dialectique machiavélique issue de la langue de bois soviétique essaye de convaincre. En dépit du bon sens, et au travers des diverses chartes imposées par un gauchisme rampant, la masse silencieuse est abusée par ce moderne lavage de cerveau, que les portes du paradis s'ouvrent lentement pour les vrais adeptes. On oblige ainsi tout un chacun à accepter sans possibilité de protestation, les contraintes mondialistes qui lient de plus en plus les pieds et les mains de peuples asservis.

Cette dérive sectaire qui couvre, un communisme totalitaire toujours vivant est en train de conduire le monde vers sa destruction. Ce qui fait s'épanouir et progresser les peuples du monde, ce sont leurs différences, leurs inventions originales, leurs conceptions nationales colorées. Ce qui tue un organisme inodore, égalisé et insipide, c'est l'égalité mensongère et tronquée en faveur des plus malins. Pourquoi ceux qui luttent contre les sectes ne s'attaquent-ils pas à l'U.E.?

Maria de Seimners, Genève

Un jour les cloches ne reviendront pas

Me reportant aux articles parus dans les numéros de Peuple et Patrie concernant la grande peur de l'islam, j'avais cité pour mémoire, l'occupation de la péninsule ibérique au VIIe siècle par les Arabes et je suggérais une plus grande prudence à accepter trop d'immigrés musulmans dans nos pays chrétiens. Après quelques années déjà, ces migrants pas comme les autres, demandaient la permission de construire des mosquées aux portes de nos églises, alors que chez eux l'érection d'un temple, même, à plus de 500 m d'une mosquée, était et est toujours considéré comme une insulte à Allah et reste interdite.

L'écroulement du mur de Berlin et la mondialisation au relent yankee qui s'ensuit confirment cette peur d'islamisation imminente de l'Europe, surtout en dirigeant nos regards du côté de l'Espagne. Ce pays ne retourne-t-il pas à la case départ par l'Andalousie musulma-

nisée quoique non arabe à travers l'arrivée massive de réfugiés maghrébins. Afin d'augmenter la production des agrumes, et autres légumes, une main d'oeuvre bon marché est nécessaire, surtout vu la dénatalité endémique de ce pays. Si le contingent des immigrés ne suffit pas, l'Espagne très catholique pense déjà faire appel aux musulmans de l'extérieur, future invasion facilitée puisqu'il s'agira d'invités qui viendront en renfort, avec armes et bagages, armée islamique qui attendait son heure. L'islam essentiellement religieux deviendra pratiquement et très vite l'unique religion, rôle que les chrétiens ne revendiquent plus.

Ce changement pacifique est pour l'instant encore imperceptible, et les explications réitérées de l'imam Ramadan dans tous nos journaux, préfigure la subversion pacifique des âmes. Nos conseillers fédéraux, trop occupés par les problèmes économiques, politiques et militai-

res, ne sont pas assez fermes devant le côté religieux plus insidieux qui se profile à l'horizon. Cette irresponsabilité oublie le processus qui se met en place et dont ils seront, comme nous, les victimes. La religion des droits de l'homme ne fera plus le poids face à l'aspiration des âmes au spirituel, qui conduit, comme en Afghanistan, au Qatar ou en Arabie Saoudite, aux pires excès à l'encontre des femmes surtout. L'islam à travers son djihad s'apprête à devenir la future civilisation du monde.

Un jour, les cloches de nos églises ne reviendront plus de leur voyage pascal et le muezzin remplacera par un cri strident les appels à la prière du haut des clochers et des minarets, cinq fois par jour, avec prosternation du côté de la Mecque. N'oublions pas que la secte mondialiste est à l'affût car elle attend une rébellion inévitable et l'appel au secours des peuples européens qui refuseront de se laisser vassa-

liser. N'oublions pas que l'islam est une manière de vivre incluant les lois. Mais il faut aussi savoir que la cohabitation avec l'islam, (qui sera laxiste comme tout le reste), c'est très vite l'acceptation de sa domination accompagnée de la charia préconisant le lynchage et le sectionnement des mains et des pieds estropiant les humains récalcitrants mieux que les mines anti-personnel. Réveillez-vous, vous qui avez prêté serment de protéger notre pays. Il y a des bombes pires que celles qui éclatent et tuent.

Marie Charlotte Morel





Il n'y aura pas de loi Toubon en Suisse

LANGUES. Rejet d'une motion DS contre l'influence de l'anglais.
Le Conseil fédéral ne veut pas

d'une loi protégeant les langues nationales de l'anglais. Il propose de rejeter une motion de Bernhard Hess (DS) pour la protection des langues nationales sur le modèle de la loi Toubon en France. Soutenu par la Lega tessinoise et des députés communistes et écologistes romands, le motionnaire veut en particulier que les langues nationales continuent à être les langues de l'enseignement et des sciences. Il demande aussi que les entreprises et les organisations qui font de la publicité en anglais soient priées d'informer dans les langues nationales. Selon Bernhard Hess, l'utilisation croissante et exagérée de mots et de tournures anglo-saxons menace tout particulièrement la langue allemande.

La Confédération ne dispose pas des compétences nécessaires pour intervenir avec des dispositions législatives restrictives dans les domaines de la formation, des sciences, de l'économie et notamment de la publicité, écrit le Conseil fédéral dans sa réponse publiée hier. Il serait inconcevable en Suisse d'édicter une réglementation comme le ferait un Etat centralisé n'ayant qu'une langue officielle. Il fait d'ailleurs observer que l'application de la loi Toubon en France et son pouvoir de sensibilisation sont controversés.

Le Conseil fédéral prévoit en revanche une loi encourageant le dialogue et les échanges entre les quatre langues nationales.

La Suisse enregistre un record d'étrangers

STATISTIQUES. Le nombre d'Italiens diminue mais ils restent les plus nombreux.

Les étrangers sont un peu plus nombreux en Suisse. Ils étaient 1,376 million (19,3% de la population) fin avril 2000, soit une augmentation de 1,5% par rapport à l'année précédente. Le nombre des réfugiés a augmenté de 564, à 25'400.

Même si leur effectif continue de régresser, les Italiens restent les plus nombreux avec 325'821 personnes, soit 23,7% de la population étrangère. Même situation chez les ressortissants de la République fédérale de Yougoslavie: malgré une baisse, ils forment le deuxième groupe en importance (189'537, 13,8%).

Européens en tête

Toutefois, si l'on comptabilise ensemble tous les étrangers provenant de l'ex-Yougoslavie, ces derniers arrivent en tête. Ainsi, les 333'680 Slovènes, Croates, Bosniaques, Macédoniens et Yougoslaves installés en Suisse y représentent 24,2% de la population étrangère (requérants d'asile, saisonniers et fonctionnaires internationaux non

compris). Suivent les Portugais (9,84), les Allemands (7,6%), les Espagnols (6,3%) et les Turcs (5,8%). Les Bosniaques ont été les plus nombreux à venir s'installer en Suisse (8164 personnes, +23,4%) entre mai 1999 et fin avril 2000. Ils sont suivis des Allemands (5163), des Sri-Lankais (3120), des Macédoniens (2793) et des Français (2083).

De manière générale, les ressortissants des pays de l'Union européenne et de l'Association européenne de libre-échange sont légèrement moins nombreux. Ils continuent toutefois de former la majorité des étrangers établis en Suisse (58,3%).

Hausse des actifs

Sur le marché du travail, la Suisse pouvait compter à fin avril avec 87'709 étrangers exerçant une activité lucrative: 706'784 personnes séjournant à l'année ou établies 22'354 saisonniers et 147'571 frontaliers. Ce chiffre total est en augmentation de 2,5% par rapport à l'année précédente. La plus forte hausse a été enregistrée chez les saisonniers (+17,7%).

A lire les accusations de cette militante endoctrinée jusqu'à la moelle par les idées marxistes-léninistes de la lutte des classes (incluant aujourd'hui la police de la pensée, de l'Acte unique des roses-rouges-verts qui infestent l'Europe, et qui accuse l'Autriche d'être un Etat policier), on se croirait revenu au beau temps des asiles psychiatriques qu'elle préconise de réactualiser. Intolérante aux autres idées que les siennes qu'elle estime être la panacée de l'intelligence humaine, mais elle oublie sciemment que si l'Etat prend des mesures qu'on ne peut confier qu'à un corps de police discipliné, c'est pour éviter les débordements gauchistes dont les citoyens raisonnables ont à souffrir, et que les lecteurs ont pu voir souvent à la télévision. Cette passionaria va même jusqu'à accuser l'Union Européenne d'être trop laxiste vis à vis de l'Autriche et de ne prendre que des mesures conformistes.

La grande terreur des OGM

Monsanto et ses filiales dans le monde sont de véritables terroristes mondiaux. Avoir le machiavélisme d'inventer des virus tueurs insérés dans les graines afin qu'elles ne puissent pas se reproduire une deuxième fois, c'est du sadisme et un amour du profits poussé à l'extrême limite de l'étranglement planétaire. Leur propagande qui prétend que c'est pour sauver une humanité exponentiellement grandissante de la faim est le plus horrible mensonge inventé par ces requins du business, Inventer une maladie en même temps que son vaccin spécialement pour gagner sur deux tableaux conduit tout droit à la mort d'insectes qui nourrissent les oiseaux, et des abeilles ont disparu à 40% dans les endroits du globe comme l'Inde qui se laisse endoctriner et subodorer par les arnaqueurs au gain immédiat. Il est donc naturel et admissible que beaucoup de paysans qui pouvaient ressemer les graines en-

Invitation

pour le vernissage du
12 septembre 2000
de 18 à 20 h

A LA MACAV, 48 rue du Village,
1214 Vernier, Tél: 022 - 341 19 88

où **Mary Meissner,**
écrivaine et journaliste
expose

ses estampes japonaises,
animaux oiseaux et
diverses encres chinoises

Durée de l'exposition
du 12 septembre au 7 octobre

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au
«Démocrate Suisse»
(Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le Piloni

Extrémismes qu'est-ce que c'est exactement?

En lisant l'article d'une certaine Mary, militante d'extrême gauche autrichienne qui bénéficie d'une large place dans les colonnes du «Courrier de Genève» réputé pour ses tendances de gauche, on se rend compte de la hargne partielle qui agit dans le fond, les mouvements d'extrême gauche autrichiens. Ils agissent d'une manière encore plus

virulente que ceux qu'ils traitent de fascistes et même de nazis. Ils dévient à une grande partie de la population qui en a assez de la violence, des agressions, de la mauvaise volonté d'une cohésion nationale et des mensonges repris haut et fort d'une propagande stalinienne, de coopérer avec leurs idées révolutionnaires et de participer à leurs nombreuses manifestations revanchardes qui destabilisent l'ordre public.

grangées lors des récoltes sans déboursier un centime, comprennent qu'ils seront les esclaves dépendant toute leur vie de Monsanto et Cie et que leurs gains deviendront si maigres qu'ils iront chercher ailleurs leur gagne-pain. Une seule réplique: le feu.

Bruxelles brûle-t-il?

Ce livre écrit par un Belge du nom de Jacques Neyrinck et qui eut son heure de gloire, raconte les sordides dessous d'une vie bruxelloise sous l'emprise des fonctionnaires européens de l'UE qui agissent en pays conquis (par leur fric) oubliant un autre genre de fonctionnaires, la police belge elle-même vêtue de vieux vêtements et de chaussures éculées.

L'impression générale après lecture de ce roman laisse un goût amer dans l'esprit et je croyais que monsieur Neyrinck mettait en garde les pays désireux d'entrer dans ce gouvernement mammouth d'y réfléchir à deux fois. D'autre part, puisqu'il est venu s'installer en Suisse et a demandé sa naturalisation, entrant tout de go dans la politique à travers le parti démocrate chrétien, nous autres europhobes nous étions imaginés qu'il allait influencer la ligne de ce parti particulièrement europhile.

Hélas! il n'en est rien. Non seulement monsieur Neyrinck appuie l'entrée de la Suisse dans l'UE, mais il est en faveur d'envoyer des soldats suisses armés à l'étranger, futurs G.Is de l'OTAN. Ceci nous prouve une fois de plus que les naturalisés restent les citoyens soumis à la politique de leur pays d'origine, et qu'ils ne se font naturaliser chez nous que pour biaiser notre politique en la pourrissant de l'intérieur. J'aimerais tellement croire que ce Neyrinck qui a écrit le livre «Bruxelles brûle-t-il», ait été soit plus conséquent avec lui-même, soit que je me trompe de personnage.

Que reproche-t-on à la langue anglaise?

Une polémique fait rage au sein des milieux de l'instruction publique concernant le grand remue-ménage qui se développe entre les départements concernés et le corps enseignant. Pour ne prendre que la question de la langue anglaise, pourquoi y a-t-il tant d'incompréhension au sein de ces groupes qui se veulent des intellectuels supérieurement intelligents?

Si tous les milieux financiers, bancaires, économiques et même sociaux prônent le libéralisme, il est de mauvais goût de rejeter la seule langue universellement parlée plus ou moins bien, même par les Chinois qui viennent en Europe ou aux USA. C'est aussi la plus facile et celle où la licence orthographique est très large (par ex. nuit: night ou nite). En Suisse et particulièrement

à Genève où nous avons tellement d'organisations internationales et de compagnies d'aviation dont la langue officielle est l'anglais, sans une bonne connaissance de cette langue, les employés n'ont aucune chance de trouver du travail, l'informatique étant elle aussi basée sur l'anglais. Il est curieux d'autre part, qu'en Suisse alémanique, nous autres Romands sommes mieux acceptés si nous parlons anglais au lieu du hochdeutsch. Les questions ethniques n'étant plus basées uniquement sur la langue, où est le problème?

La Ruth rue

Evidemment, cette semi-Suisse qui, par un tour de passe-passe est entrée au Conseil Fédéral en proclamant haut et fort son indifférence quant à la perte de souveraineté de ce pays en faveur de l'UE en cas d'adhésion, se devait, après le mini succès des bilatérales, de déclarer urbi et orbi, à la manière d'une papesse renégate, qu'elle pousserait à la roue du suicide.

Heureusement que nous avons un Pascal qui la dépasse de plusieurs tête et qui lui, prenant en considération l'opinion de la majorité du peuple qui refuse encore d'entrer en esclavage, refuse tout net de fixer une date d'entrée avant d'avoir quelques résultats probants et qui, pour faire bon poids, affirme haut et fort qu'il n'est pas question de supprimer le secret bancaire tant que le Luxembourg, la Principauté de Monaco et celle du Lichtenstein, ainsi que des dizaines d'autres paradis fiscaux ne le fassent.

Avec sept conseillers fédéraux qui s'expriment en leur nom personnel, nous ne sommes pas sortis de l'auberge.

Merci Ruth. Vous êtes la championne des pieds dans le plat gluant des assurances maladies et maintenant dans le saladier de l'UE nageant dans la bouillabaisse de l'ONU et respirant les miasmes uraniumisés de l'OTAN.

On a porté aux nues Frédéric Dard après sa mort parce qu'il inventait des mots originaux concernant le vulgaire San Antonio, j'espère qu'il en sera de même pour Octopus.

Mgr Desmond Tutu, un fils de pute (pardon de pub)

Mon jeu de mot est terriblement mal venu pour l'employer au sujet d'un prix Nobel de la paix. Mais si vous vous souvenez du contenu de nos articles sur l'Afrique du Sud accusant ce monsieur de violences verbales et de soutiens financiers à l'ANC agissant à ses débuts comme une bande de terroristes, il n'est pas étonnant d'apprendre que la Winterthour publie ceci: «L'évêque sud africain Tutu déclare: «Bien sûr, la foi est un risque, mais je ne me risquerais pas à vivre sans.» Si ce prix Nobel prête son nom et son image religieuse à une compagnie

d'assurance réputée avoir fait des affaires mirobolantes du temps de l'apartheid, il faut croire qu'il a drôlement besoin d'argent ou serait-ce des fonds pour continuer la lutte armée contre les paysans blancs assassinés au Zimbabwe? Noublions pas que ce sont les mêmes ethnies noires qui habitent la corne de l'Afrique.

Ce personnage ne doit pas avoir été au courant du passé et du présent, probablement ne sait-il pas non plus ce que lui réserve le futur. Mais il n'est pas à une contradiction près?

Roulette russe

On devrait appeler ce qui arrive à la Suisse, entre les agressions du CJM (Congrès Juif Mondial) et celles de l'archevêque de l'Afrique du Sud Hugue Njonjongkulu Ndungane qui réclame à son tour des réparations de la Suisse responsable d'un trop grand soutien à l'apartheid, non pas la roulette russe, mais la roulette mondiale. A priori il n'y pas de fin à ce petit jeu qui consiste à presser sur la détente d'un revolver à barillet dont on ignore le nombre de balles mortelles qu'il contient. Tous les lésés de la terre ont compris que la Suisse qui a été l'exemple d'une victime facile à traire à cause des fonds en déshérence, pourrait continuer à jouer ce rôle sur d'autres plans. Les demandes de réparation formulées selon les critères actuels de l'humanité des droits de l'homme à travers des tribunaux formés et soutenus par les vainqueurs du moment, pourront être remises sur le métier à chaque changement de tendance.

Admettons que l'apartheid revienne demain instaurée par un Savimbi révolutionnaire au milieu d'un environnement mondial des droits de singe, la roulette pourrait être pointée vers ceux-là même qui se seraient laissés piéger une première fois sans réagir, la Suisse en tête, et vers tous les autres VIP d'aujourd'hui devenus les affreux du moment.

Ce qui est étonnant, c'est l'apathie et le manque de réaction de la part de nos gouvernants qui ne trouvent vraiment rien à redire à cette hérésie moderne,

Et celle-ci se met en place en faveur des Amérindiens, des Arméniens, des futurs Tchétchènes libérés, idem pour les femmes afghanes, pour les morts de Tchernobyl et de Minamata, pour les spoliés Inuits, Sarahouis, Ukrainiens et passons sous silence les actes racistes aujourd'hui qui seront des actes d'héroïsme demain. Qui sait?

El Ejido

Voilà par exemple: les actes racistes d'El Ejido en Andalousie, un pays membre de l'UE brandissant le drapeau des droits de l'homme et qui a participé sans état d'âme à la ruée contre l'Autriche. La population de cette ville s'est livrée quatre

jours durant à un véritable pogrom à l'encontre de sa communauté immigrée comptant des milliers de familles. Il y eut une soixantaine de blessés graves, la destruction de biens appartenant majoritairement à des maghrébins, et au saccage de leur lieux de culte.

Ces agressions provoquées par une trop grande immigration marocaine à laquelle on octroyait des facilités hospitalières coûteuses au détriment des autochtones, ressemblent fort aux pogroms lancés à l'encontre des Ashkénazes en Pologne pendant les croisades, ou au génocide des Irakiens pour ne citer que ceux-là, durant et après la guerre du Golfe

Qui jouera demain à la roulette russe des demandes de réparation avec ou contre qui?

Stupéfiant ces stupéfiants

Chaque jour dans la presse, on lit des compte rendus sur les nombreuses arrestations de trafiquants de drogue qui se recrutent majoritairement parmi les réfugiés. Il était par conséquent de très mauvais goût de la part des nombreuses associations en faveur des requérants d'asile de Genève, de s'opposer au renvoi, même forcé, des Kosovars.

Quand on constate que la police vaudoise a arrêté pas plus tard qu'hier, 18 personnes impliquées dans un trafic de drogue entre Genève, Cossonay, Yverdon et Chiasso il y a de quoi réfléchir. Dans ce cas il ne s'agit que de deux kilo d'héroïne saisis, mais comme la filière opère depuis pas mal de temps, ces deux kilos ne sont que la pointe de l'iceberg. Il n'est dès lors pas étonnant qu'il y ait des réactions pareilles à celle d'Emmen ou d'autres communes grissonnes, qui rejettent des demandes de naturalisation de Yougoslaves, même s'il y a parmi ces gens de corrects citoyens.

Si d'autres étrangers comme les Zaïrois demandaient quelques faveurs, il y aurait tollé général car on se souvient des millions de francs détournés par le vol de chèques dans les boîtes aux lettres suisses et européennes, autre trafic stupéfiant qui a rapporté et rapporte encore des millions. Les ressortissants de ces pays recevraient aussi une fin de non recevoir pour la naturalisation. Autre stupéfaction. C'est l'arrivée massive à Kloten, donc au moyen de billets d'avion pas bon marché, de milliers de sans papiers à peau noire amnésiques, donc inclassables et apatrides, Il serait temps de mettre à l'amende Swissair ou tout autre compagnie qui laisserait monter dans leurs avions des voyageurs sans passeport. Si on peut se payer un billet, on a sûrement un point d'ancrage quelque part et des moyens de subsistance.

Conclusion. Il y a de fortes chances pour qu'un jour, il y ait quelque part, des pogroms comme en Andalousie.

Octopus

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden*
*Alexander Nyffenegger, 2. SD-
Zentralsekretär, Bern*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Nach der hohen Ablehnung der Zürcher SVP:

SD verstärken Engagement für die 18%-Initiative

Bereits am 17. Juni 2000 hat der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) einstimmig beschlossen, das Volksbegehren «für eine Regelung der Zuwanderung» aktiv zu unterstützen. Im Hinblick auf die deutliche ablehnende Haltung der Zürcher SVP verstärken die SD jetzt ihre eigene Propaganda.

Mit Unverständnis reagieren die SD auf die klare Nein-Parole der SVP des Kantons Zürich zum 18%-Volksbegehren. Einmal mehr zeigt sich, dass die SVP gar nicht an der Begrenzung der Einwanderung interessiert ist. Obwohl nicht einmal sieben Prozent der Einwanderung von Ausländern über den Asylbereich erfolgt, hacken die SVP einzig auf den Asylbewerbern herum. Verschärfungen der Asylgesetze haben jedoch auf die Einwanderungszahlen nur einen geringen Einfluss. Vor allem dem der Wirtschaft verpflichtete SVP-Flügel ist jedoch an einer Eindämmung der Zuwanderung gar nicht interessiert. Diese wollen viel mehr einzig weiterhin billige Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren und so den Lohndruck auf die einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufrecht erhalten.

Mit Ihrem Nein zur Einwanderungs-Initiative verschaukeln die SVP aber jene Wählerschichten, welche insbesondere bei den vergangenen Wahlen gutgläubig der millionenschweren SVP-Propaganda-Lawine gefolgt sind in der Hoffnung, eine Partei zu unterstützen, welche zumindest eine Stabilisierung der Ausländerzahlen anstrebt.

SD-Medienmitteilung
vom 4. Juli 2000



**SD auf Internet
– täglich
aktuell!**

**www.schweizer-
demokraten.ch**

Zahlen zur Ausländerpolitik, von denen man nicht spricht

Wussten Sie:

- dass die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz innert zehn Jahren um über 30% gewachsen ist? (dies trotz mehrmaliger Stabilisierungsversprechen des Bundesrates)
- dass von Anfang 1990 bis Ende 1999 über eine Million (!) neu eingereiste Ausländer eine Aufenthaltsbewilligung erhielten? (dies trotz Rezession und hoher Arbeitslosigkeit)
- dass bei gleichbleibender Entwicklung schon in weniger als zehn Jahren ein Ausländeranteil von über 25% erreicht sein wird? (die ausländische Wohnbevölkerung wächst jährlich um eine Stadt in der Grösse von Burgdorf)
- dass der durchschnittliche Ausländeranteil im EU-Europa nur gerade 4,5% beträgt? (der Ausländeranteil in der Schweiz ist also schon heute viermal höher)
- dass nur noch 58,5% der in der Schweiz lebenden Ausländer aus einem EU- oder EFTA-Staat entstammen? (die Rekrutierung erfolgt immer mehr ausserhalb unseres Kulturkreises)
- dass in den 90er-Jahren über 150'000 Ausländer eingebürgert wurden? (diese «verschwanden» ebenfalls aus der offiziellen Ausländerstatistik)
- dass Bürger aus 177 verschiedenen Nationen in der Schweiz leben? (die Schweiz verliert mehr und mehr die eigene Identität)
- dass der Geburtenüberschuss der ausländischen Wohnbevölkerung viermal höher ist als derjenige der Schweizer? (durch den Geburtenüberschuss steigt der Ausländeranteil noch rascher)
- dass nur rund 7% der Einwanderung im Asylbereich erfolgt? (Verschärfungen im Asylwesen verringern die Einwanderung kaum)

Sind Sie mit dieser Entwicklung einverstanden? Wenn nicht, unterstützen Sie die Eidgenössische Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung».

Schicken Sie mir bitte

..... Exemplare der SD-Sonderzeitung

..... Exemplare des SD-Aufklebers «D'Schwiizer zerscht!»
(10 Kleber Fr. 5.–, 20 Kleber Fr. 8.–; vgl. Muster)



Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern